

# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 8



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 22. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 30. 4. 1991

## WORT UND WIDERWORT

### Ist der Aufschluß von Garzweiler II notwendig?

Beim Aufschluß des Braunkohlen-Anschlußtagebaus Garzweiler II gehe es darum, auch im nächsten Jahrhundert die Möglichkeit zur Braunkohlenförderung in ausreichender Menge zu haben. Es gehe also darum, die Option Braunkohle als Grundlage einer sicheren und kostengünstigen Energieversorgung auch für die Zeit nach der Jahrhundertwende offenzuhalten. Aus energiepolitischer Sicht sei die Ausgangsfrage also mit einem eindeutigen Ja zu beantworten. Damit sei jedoch noch nicht geklärt, ob Garzweiler II machbar sei. Unbestreitbar gebe es erhebliche Umweltprobleme. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Ernst-Otto Stüber**. Der CDU-Abgeordnete **Heinrich Kruse** betont, mit Blick auf die Wiedervereinigung und die Braunkohlenkapazitäten in den neuen Bundesländern, die von momentan 300 Millionen Tonnen auf langfristig 150 Millionen Tonnen reduziert werden sollen, müsse nun geprüft werden, inwieweit die geplante Fördermenge von 120 Millionen Tonnen für den rheinischen Braunkohletagebau unter den neuen Gesichtspunkten noch notwendig sei. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hans-Joachim Kuhl** wiederholt die Forderungen der F.D.P., Alternativplanungen zum Tagebau Garzweiler II vorzustellen. Bisher sei die Landesregierung diesem Wunsch nicht gefolgt. Für die F.D.P. stehe der Naturpark Schwalm-Nette in keiner Weise zur Disposition. Durch die bisher vorliegenden Gutachten werde auch deutlich, daß alle bisher getroffenen Maßnahmen nicht in der Lage sein werden, die hydrologischen Verhältnisse in dem betroffenen Gebiet zu stabilisieren. Der Grünen-Abgeordnete **Gerd Mai** bekräftigt, aus ökologischen und sozialen Gründen sei eine Genehmigung des Großtagebaus nicht zu verantworten. Die Grundwasservorräte in der Niederrheinischen Bucht als größtes Grundwasserreservoir in NRW würden unwiderruflich vernichtet und zu 80 Prozent ungenutzt in die Nordsee geleitet. Ferner verlören rund 12 000 Menschen im Raum Erkelenz und Mönchengladbach ihre Heimat und müßten zwangsweise umgesiedelt werden. (Seite 2)

### Verbesserter Schutz vor terroristischen Anschlägen

#### Rau will Kommission einsetzen

Die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit und eines intensiven Informationsaustausches in Fragen der Terrorismusbekämpfung haben Ministerpräsident **Johannes Rau**, Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** (beide SPD) und die Vorsitzenden der Fraktionen des Landtags am 23. April in einem Gespräch unterstrichen, zu dem Landtagspräsidentin **Ingeborg Friebe** eingeladen hatte.

Alle Beteiligten des Gesprächs waren sich einig, daß in Fragen der Terrorismusbekämpfung auf polemische Auseinandersetzungen verzichtet werden soll.

Nach einem Meinungsaustausch erklärte Innenminister **Schnoor**, er nehme den Vorwurf, die CDU sei auf „der Suche nach einem Ersatzmörder“ zurück, nachdem ihm deutlich gemacht worden sei, daß die CDU-Opposition mit ihren Erklärungen keine Vorverurteilung beabsichtigt habe.

Ministerpräsident **Rau** erklärte, daß er die Anregung des F.D.P.-Fraktionsvorsitzenden **Dr. Achim Rohde** aufnehmen und eine Regierungskommission einsetzen werde,

die Vorschläge für einen verbesserten Schutz vor terroristischen Anschlägen machen und dabei auch das soziale Umfeld des Terrorismus einbeziehen solle.

## Die Woche im Landtag

### Jahrhundertvertrag

Der Jahrhundertvertrag über die Verstromung deutscher Kohle soll laut einer Regierungserklärung bis 1995 unangetastet bleiben. (Seite 3)

### Verabschiedung

Der Landtag hat in dritter Lesung den Haushalt 1991 und das Gemeindefinanzierungsgesetz verabschiedet. (Seite 5)

### Geburtstag

Aus Anlaß des 60. Geburtstages von Landtagspräsidentin **Ingeborg Friebe** haben ihr zu Ehren die Vizepräsidenten des Parlaments einen Empfang gegeben. (Seite 7)

### Messebesuch

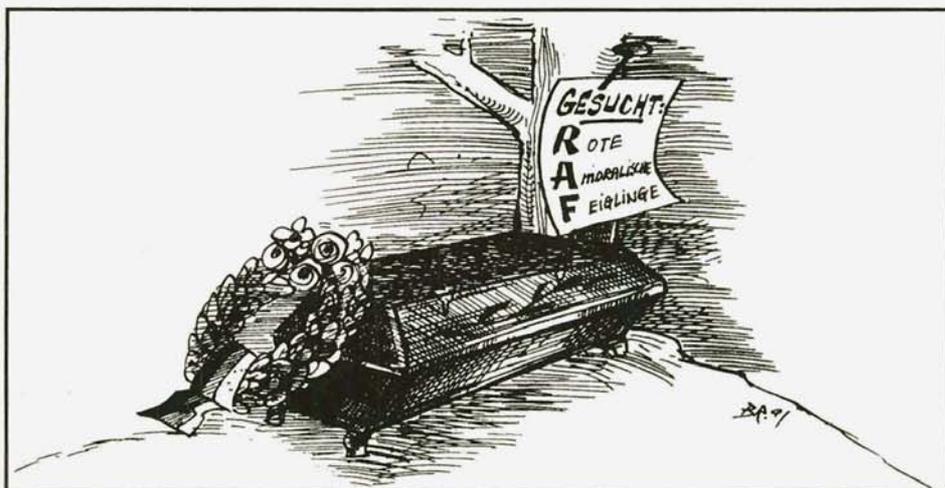
Der Sportausschuß hat sich auf der „Equitana 91“ umgesehen und dabei über die Lage des Pferdesports informiert. (Seite 11)

### Entladungen

Mit der Klage einer Familie aus dem Ruhrgebiet über seltsame elektrische Entladungen in ihrem Haus hat sich der Petitionsausschuß befaßt. (Seite 16)

### Trucker

Der Grünen-Abgeordnete **Siegfried Martsch**, ein ehemaliger Trucker, hat einen Lastwagen mit Hilfsgütern nach Wolgograd gesteuert. (Seite 17)



Zeichnung: Bernd Bruns (NRZ)

## WORT UND WIDERWORT

# Braunkohle: Umweltschonende Nutzung unverzichtbar

Von  
Ernst-Otto Stüber

Wir Sozialdemokraten setzen in unserer zukünftigen Energiepolitik auf eine deutliche Steigerung der Energieproduktivität. Eine drastische Energieeinsparung und ein steigender Anteil unerschöpflicher Energiequellen sollen dazu beitragen, die Nutzung von Kernenergie überflüssig zu machen. Deren Restrisiko ist nach wie vor unverantwortbar und die Entsorgungsfrage ist noch völlig ungelöst.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist die umweltschonende Nutzung heimischer Stein- und Braunkohle auch zukünftig unverzichtbar. Beim Aufschluß des Braunkohlen-Anschlußtagebaus Garzweiler II geht es darum, auch im nächsten Jahrhundert die Möglichkeit zur Braunkohleförderung in ausreichender Menge zu haben. Es geht also darum, die Option Braunkohle als Grundlage einer sicheren und kostengünstigen Energieversorgung auch für die Zeit nach der Jahrhundertwende offenzuhalten.

### SPD: Heimische Kohle bleibt unverzichtbar

Aus energiepolitischer Sicht ist die Ausgangsfrage also mit einem eindeutigen „Ja“ zu beantworten. Garzweiler II ist notwendig.

Damit ist jedoch noch nicht geklärt, ob Garzweiler II auch machbar ist. Denn unbestreitbar gibt es erhebliche Umweltprobleme, die noch gelöst werden müssen. Z. Z. läuft deshalb ein umfangreiches Untersuchungsprogramm der Landesregierung zum Naturhaushalt und zur Wasserversorgung in der betroffenen Region, insbesondere im benachbarten Naturpark des Maas-Schwalm-Nette-Gebietes. Diese Gutachten werden bis zur Jahresmitte vollständig vorliegen. Bis dahin ist auch ein von der SPD-Landtagsfraktion gefordertes „Energieszenario NRW“ zu erwarten, das unseren zukünftigen Energiebedarf unter Ausnutzung aller möglichen Sparpotentiale aufzeigen wird.

Erst dann wird es möglich, eine verantwortungsbewußte Entscheidung unter Abwägung aller ökologischen und energiewirtschaftlichen Informationen zu fällen.

Von  
Heinrich Kruse

Die Frage, ob der Aufschluß von Garzweiler II notwendig ist, kann nur in einem politischen Abwägungsprozeß unter Berücksichtigung aller energie-, wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Aspekte beantwortet werden.

Zur Sicherung der Stromerzeugung ist aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion weiterhin ein ausgewogener Energiemix aus energie- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten unabdingbar. Dies bedeutet, daß der Einsatz von Braunkohle neben der Steinkohle, Kernenergie und regenerativen Energiequellen insbesondere in der Grundlast auf absehbare Zeit notwendig sein wird.

Mit Blick auf die Wiedervereinigung und die Braunkohlekapazitäten in den neuen Bundesländern, die von momentan 300 Millionen auf langfristig 150 Millionen Tonnen reduziert werden sollen, muß nun geprüft werden, inwieweit die geplante Fördermenge von 120 Millionen Tonnen für den Rheinischen Braunkohletagebau unter den neuen Gesichtspunkten noch notwendig ist.

### CDU: Gutachten müssen endlich offengelegt werden

Auch hinsichtlich der Umweltverträglichkeit ist die Möglichkeit eines langsamen und damit schonenderen Vorgehens zu untersuchen, welches dann auch zur Entschärfung des Konfliktes zwischen Umwelt, Wirtschaft und den betroffenen Bürgern beitragen könnte.

Angesprochen sind hierbei neben den unbestreitbaren Vorteilen der Braunkohle aus wirtschaftlicher Sicht die umweltpolitischen Belastungen. Hierbei geht es um Grundwasserabsenkung durch Sumpfungmaßnahmen, Zerstörung der natürlichen geologischen Stockwerksgliederung und der Flora und Fauna, insbesondere im Schwalm-Nette-Gebiet. Ein zentrales Problem ist auch, inwieweit die Umsiedlung der Bewohner sozialverträglich möglich ist, aus wirtschaftlicher Sicht.

Zur Klärung dieser Fragen hat die CDU-Landtagsfraktion eine Projektgruppe Braunkohle eingesetzt. Im Hinblick auf eine fundierte Planungsgrundlage fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, endlich die erstellten Gutachten vorzulegen, statt der Öffentlichkeit die dringend notwendigen Entscheidungsunterlagen immer länger vorzuenthalten.

Von  
Hans-Joachim Kuhl

Die F.D.P.-Landtagsfraktion hat bisher immer erklärt, daß die endgültige Entscheidung der F.D.P. erst dann getroffen wird, wenn alle Gutachten vorliegen und die notwendige umfassende Prüfung vorgenommen werden könnte. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen das Gutachten zur Sozialverträglichkeit von Umsiedlungen im rheinischen Braunkohlerevier sowie das Grundwassermodell Venloer Scholle vor. Die Fragestellung erscheint aus dieser Sicht, da auch das angekündigte Gutachten zum Energieszenario Nordrhein-Westfalen noch fehlt, verfrüht.

Die F.D.P.-Fraktion hat darüber hinaus auch in der Sitzung des Landtags am 25. Januar 1991 die Landesregierung aufgefordert, Alternativplanungen zum Tagebau Garzweiler II vorzustellen. Bisher ist die Landesregierung diesem Wunsch nicht gefolgt.

Zum jetzigen Zeitpunkt läßt sich aus unserer Sicht bereits feststellen, daß auch bei den vier Simulationsrechnungen des Gutachtens Venloer Scholle bis zum Jahr 2100 nicht der gewünschte Wasser-

### F.D.P.: Alternativplanungen fehlen

spiegel erreicht wird. Dies bedeutet, daß Grundwasseranreicherung zum Schutz der Feuchtgebiete über das Jahr 2100 hinaus notwendig wären. Dieser gewaltige Eingriff in den Naturhaushalt kann so nicht hingenommen werden.

Wenn man bedenkt, daß, wenn die Braunkohle heute aufhören würde zu sumpfen, die Natur 500 Jahre benötigt, um sich von diesen Schäden zu erholen, dann erkennt man erst einmal die Dimension dieses Eingriffes. Für die F.D.P. steht der Naturpark Schwalm-Nette in keiner Weise zur Disposition. Durch die bisher vorliegenden Gutachten wird auch deutlich, daß alle Maßnahmen, die bisher getroffen wurden, nicht in der Lage sein werden, die hydrologischen Verhältnisse in dem betroffenen Gebiet zu stabilisieren bzw. zu renaturieren.

Bei einem Größenvolumen von rund 55 Milliarden Tonnen Braunkohle muß es darüber hinaus möglich sein, die rund 3,5 Milliarden Tonnen in Garzweiler II durch Alternativplanungen zu wirtschaften. Erst wenn diese auf dem Tisch liegen, kann es eine objektive Entscheidung geben.

Von  
Gerd Mai

Ist der Aufschluß von Garzweiler II notwendig? Nein, ist er nicht. Den aktuellsten Nachweis liefert der Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“. Er zeigt, daß eine Reduzierung der Braunkohleverstromung in den neuen Bundesländern und in NRW aus Klimaschutzgründen unverzichtbar ist. Gleichzeitig wird belegt, daß mittelfristig eine Reduzierung der Braunkohleförderung und kurzfristig ein Ausstieg aus der Atomenergie machbar ist. Damit kann die CO<sub>2</sub>-Emission bis zum Jahr 2005 mindestens um 30 Prozent reduziert werden; ein Ziel, das alle Fraktionen im Landtag befürworten.

Enquete-Kommission und Umweltbundesamt fordern einmütig eine Verringerung der Braunkohleförderung in NRW um ein Drittel. Denn Braunkohle verursacht gegenüber anderen fossilen Energieträgern die höchsten CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Aus ökologischen und sozialen Gründen ist eine Genehmigung des Großtagebaus nicht zu verantworten:

1.) Die Grundwasservorräte in der Niederrheinischen Bucht — das

### GRÜNE: Aufschluß Garzweiler II nicht zu verantworten

größte Grundwasserreservoir in NRW — würden unwiderruflich vernichtet und zu 80 Prozent ungenutzt in die Nordsee geleitet. Im Zeitraum nur einer Generation ginge ein jahrtausendealter Grundwasserschatz verloren.

2.) Das grundwasserabhängige Feuchtgebietsnetz des Internationalen Naturparks Maas-Schwalm-Nette wird durch die Grundwasserabsenkungen, die bis in die Niederlande reichen, in seiner Existenz bedroht. Noch nach dem Jahr 2100 müßte die Rheinbraun AG das Überleben des „Biotops am Tropf“ mit Rheinwasser sichern.

3.) Rund 120 000 Menschen im Raum Erkelenz und Mönchengladbach verlieren ihre Heimat und müßten, meist gegen ihren Willen, zwangsweise umgesiedelt werden. Da der Chef der Staatskanzlei, Minister Clement, Mitglied im Aufsichtsrat des antragstellenden Unternehmens Rheinbraun AG ist und die SPD-Landtagsfraktion bisher jede Landtagsanhörung zu den Auswirkungen von Garzweiler II verhindert hat, muß man befürchten, daß sie dieses umstrittene Großprojekt durchsetzen will. Damit würde eine verschwendende und klimaschädigende Energieversorgung in NRW für mehr als 50 Jahre festgeschrieben.

## Regierungserklärung — Antwort auf Möllemanns Vorstoß gegen Kohle-Vorrang und Jahrhundertvertrag

## Minister Einert: Bergbau rechnet mit Zusagen und senkt Kosten



Konzept der Steinkohle zur Kostensenkung:  
Wirtschaftsminister Günther Einert

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) bezog sich auf Äußerungen Möllemanns, die Unruhe verursachten. Er erinnerte an den Jahrhundertvertrag und erläuterte das Optimierungsmodell des Steinkohlenbergbaus vom 28. März 1991 für den Zeitraum bis 2005:

„Die Unternehmen werden ihre Kosten bis zum Jahr 2005 real um 23 Mark pro Tonne im Vergleich zu 1990 senken. Berücksichtigt man noch die Alt- und Sonderlasten, werden sich die heutigen Bruttokosten von 259 Mark pro Tonne auf 219 Mark pro Tonne ermäßigen. — Die Bergbauunternehmen halten eine Fördermenge von 58,7 Millionen Tonnen bis zum Jahr 2005 für optimal. Das bedeutet, die Förderung von heute 71 Millionen reduziert sich um 12 Millionen Jahrestonnen. Die Bergbauunternehmen halten eine Rückführung ihres Beschäftigtenstandes bis zum Jahr 2005 um 30 000 Beschäftigte für erforderlich.“

Der deutsche Steinkohlenbergbau könne, fuhr der Minister fort, nicht unter das Primat fiskalischer Einsparungen gestellt werden. Energiepolitische Ziele gerieten dann in den Hintergrund. Weiterhin müsse die heimische Steinkohle einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit, auch im europäischen Rahmen, übernehmen. Kohle müsse umweltverträglich eingesetzt werden. Ihre Nutzung müsse einhergehen mit der Steigerung der Produktivität und der Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Kohlerund von 1989 und Hüttenvertrag seien einzuhalten. Das Optimierungsmodell bilde die Grundlage für langfristige Entwicklung des deutschen Steinkohlenbergbaus. Die erheblichen Belastungen in den Revieren müßten von Bund und Land sozialpolitisch flankiert werden.

**Laurenz Meyer** (CDU) erklärte sich „in Übereinklang“ mit dem Landeswirtschaftsminister, daß die vielen Pressekonferenzen von Minister Möllemann doch wohl eher für Verwirrung als für Klarheit sorgten. „Wir müssen uns insbesondere davor hüten, daß in den kommenden Monaten auf dem Rücken der Arbeitnehmer dieses Landes ein Schwarze-Peter-Spiel zwischen dem Bergbau, Düsseldorf, Bonn und Brüssel beginnt“,

Über die Zukunft der deutschen Steinkohle dürfe nicht verkürzt unter steuerlichen Gesichtspunkten diskutiert werden, sagte Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) in seiner Regierungserklärung zum Thema „Optimierungsmodell des deutschen Steinkohlenbergbaus“ am 25. April. Er forderte seinen Bonner Amtskollegen Möllemann (F.D.P.) auf, aus energie- und sozialpolitischen Gründen am Jahrhundertvertrag festzuhalten. CDU-Sprecher Laurenz Meyer trat für „Energimix“ mit Kernenergie und Zukunft für die Steinkohle ein. Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) hielt die bis 1995 festgelegten Fördermengen nicht für darüber hinaus verantwortlich. Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) lehnte das Optimierungsmodell aus ökologischen Gründen ab. Die Fraktionen legten Entschlüsse vor, über die keine Einigung erzielt werden konnte.

sagte der Abgeordnete. Er regte an, gemeinsam zu überlegen, welchen Platz „unsere Kohle“ in der Energieversorgung Deutschlands und Europas haben solle und müsse. Dabei müsse man Risikostreuung und Diversifizierung verschiedener Primärenergien als Vorgabe und als Ziel akzeptieren. Über den von der Mikat-Kommission empfohlenen Energiemix in der Stromerzeugung einen langfristig gültigen neuen Konsens herbeizuführen, sei die Aufgabe aller, die verantwortlich und seriös Politik machen wollten. Laurenz kritisierte, daß die Kern-

führe zu weiteren tiefgehenden Einschnitten im bundesdeutschen Steinkohlenbergbau.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) nannte die Art, wie die SPD die Debatte führe, „gespenstisch“, weil sie aktuelle Entwicklungen völlig ausklammere. Die Regierungserklärung zum Optimierungsmodell verstoße „massiv gegen den Grundsatz der Sachadäquanz und der Glaubwürdigkeit in der Politik“, fand er und nahm die Bemühungen des Bundeswirtschaftsministers um einen Konsens in Energiefragen in Schutz: Sie erfolgten aus



Keine „Kohle-Fraktion“ mehr im NRW-Landtag, v.l. Laurenz Meyer (CDU), Ernst-Otto Stüber (SPD), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN).  
Fotos: Schüler

energie aus taktischen Gründen als Konkurrenz zur Steinkohle dargestellt werde. Konkurrenz zur heimischen Steinkohle sei die Importkohle.

**Ernst-Otto Stüber** (SPD) griff die CDU-Forderung nach Konsens und zum Verbund von Kohle und Kernenergie auf und bezeichnete diese „verstaubte Forderung“ als weder hilfreich noch sachgerecht. Der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung sei von 35 Prozent auf heute 23 Prozent zurückgegangen, während sich der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung mehr als verdoppelt habe. Die Kernkraftwerke hätten entgegen der alten Vereinbarung längst in die Mittellast hineingedrängt. Der Abgeordnete erinnerte an die Mikat-Kommission, in der Sachverständige einhellig festgestellt hätten, daß heimische Kohle für deutsche und europäische Versorgungssicherheit langfristig unverzichtbar sei. Der Bergbau habe jetzt mit dem Optimierungsmodell seine Schulaufgaben gemacht. Es gelte für die Zeit von 1996 bis zum Jahre 2005. Es

„gesamtwirtschaftlicher, energiepolitischer und arbeitsmarktpolitischer Verantwortung“. Die Regierungserklärung komme auch zum falschen Zeitpunkt, weil sie mit Maximalforderungen umfangreiche und schwierige Beratungen belaste. NRW allein könne die Kohlesubventionen nicht aufbringen, sondern müsse Verbündete suchen, auch im Landesparlament. Hier gebe es aber Fehlanzeige. Die Politik des „Alles oder nichts“ sei zum Scheitern verurteilt.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) hielt es für nicht ausreichend, sich einfach hinter das Optimierungsmodell des Steinkohlenbergbaus zu stellen und auf die Vorlage eines eigenen Energiekonzepts zu verzichten, wie das Einert getan habe. Die Steinkohle habe auch in einem ökologischen Szenario auf absehbare Zeit einen zentralen Stellenwert; auch die Grünen seien für die Einhaltung des Jahrhundertvertrags bis zum Jahr 1995. Aber es müsse schon jetzt Vorsorge für eine sozialverträgliche und regio-

Fortsetzung nächste Seite

nal abgefederte und vor allem umweltverträgliche Energiepolitik danach geben. Der Sprecher forderte unter anderem erneut den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie und den Stopp der Nordwanderung des Bergbaus. Die bei der Verringerung der Kohleförderung eingesparten Subventionen sollten zum Regionalumbau verwendet werden.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose** verlas eine Entschließung der F.D.P. für Verhandlungen über ein energiepolitisches Gesamtkonzept mit Zukunft auch für die Steinkohle.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD) verwahrte sich gegen die Schablone der Grünen, die SPD habe Angst vor dem RWE und sei in einen neuen Kraftwerkstyp verliebt. Das sei alles absurd. Im übrigen sei Möllemann der einzige, der den Konsens aller in Frage stelle. Wer die Ruhr nicht in Flammen setzen wolle, dürfe bis 1995 nichts in Frage stellen. Der Energiemix stehe nicht zur Debatte. Verzicht auf Kernenergie sei praktisch nicht vollziehbar. Der Anteil der Steinkohle müsse gerettet werden. Die Fraktionen könnten sich auf drei Sätze einigen.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) drückte die Hoffnung aus, daß die 40,9 Millionen Tonnen Steinkohle gegen die EG durchzusetzen seien. Die Mikat-Kommission trete für mittelfristigen Subventionsabbau ein, die SPD könne sich nicht nur einen Teil des Gutachtens herauspicken. Sie werde sich zum Energiemix durchringen müssen, da für den Kohlepfennig der Konsens aller Bundesländer nötig sei. Subventionen für die Steinkohle gingen anderen Landesaufgaben verloren. Die Position der Braunkohle sei völlig unklar. Importierte Steinkohle sei der größte Feind der deutschen Kohle, nicht die Kernenergie.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) warnte vor einseitigen Festlegungen, den Kampf nach dem Motto „Nordrhein-Westfalen gegen den Rest der Welt“ könne man nur verlieren. Die Landesregierung solle statt dessen Verhandlungen mit der Bundesregierung aufnehmen, um der Steinkohle einen „marktgerechten Anteil“ in der Energiepolitik zu sichern. Wenn der künftige Energiemix zur Diskussion stehe, könne man nicht nur zur Steinkohle etwas sagen, die Braunkohle in den neuen Ländern dagegen mit keinem Wort erwähnen. Die Regierungserklärung des Wirtschaftsministers verstoße gegen die Erklärung des Ministerpräsidenten.

**Gerd Mai** (DIE GRÜNEN) plädierte für eine umwelt- und sozialverträgliche Kohlepolitik. Eine Rückführung der Kohlendioxidemissionen sei nur über ein Zurückfahren der Kohleförderung und -nutzung zu erreichen. Die Regierung müsse sich entscheiden; die Prämissen der Grünen seien klar: Schrittweise Reduzierung des Braunkohlentagebaus aus ökologischen Gründen; Sicherung der Steinkohle – „mittelfristig bis zum Jahr 2000“, danach Reduzierung und – unverändert – Ausstieg aus der Atomenergie.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) verstand die Irritation nicht: Die Regierungserklärung habe sich nur auf den Teilbereich des Optimierungsmodells der Bergbautreibenden bezogen. Erst im Herbst, wenn das Energieszenario vorliege, könne man die Braunkohleentscheidung treffen. Aber so

lange könne man beim Optimierungsmodell Steinkohle nicht zuwarten. Dieses Modell sei ein wichtiger Baustein, werde aber nicht für sakrosankt erklärt. Aber es sei hinfällig, wenn eine der beiden Säulen, zweiter Plafond für den Hüttenvertrag und Geltungsbe reich des Jahrhundertvertrags, wegbreche.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) sah die vorherige Befürchtung eingetreten: Weil die SPD auf dieser Debatte bestanden habe, hätten sich die Fronten verhärtet; der Wirtschaftsminister habe die Atmosphäre angeheizt und „im Grund den Mindestkonsens zerstört“. Das könne der Kohle und den Menschen nicht dienlich sein.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) teilte mit, er habe den Vorschlag, auf die Regierungserklärung zu verzichten, „sehr wohl erwogen“. Aber das sei nur die Bitte gewesen, „einseitig zu schweigen“. Der Bundeswirtschaftsminister sei in diese Bitte nämlich nicht einbezogen worden. Auf dessen Positionen müsse aber die Landesregierung antworten. Das Optimierungsmodell sei im Grunde richtig und in einzelnen Teilen ergänzungsbedürftig, bekannte er, aber es gebe keinen Grund, vor 1995 über Mengenreduzierungen zu reden. Auch die Stellungnahme jetzt werde die Landesregierung nicht davon abhalten, einen Konsens im Interesse des Landes erzielen zu suchen.

## Neue Arbeitsgruppe Fluggastkontrollen

Auf Anregung des Haushalts- und Finanzausschusses beschloß der Verkehrsausschuß in der Sitzung am 18. April, die Arbeitsgruppe „Fluggastkontrollen“ wieder einzusetzen. Hintergrund ist, daß die Landesregierung ein Modell für die Neuorganisation erörtert, daß zumindest den Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses widersprechen könnte. Unter Leitung des Vorsitzenden des Verkehrsausschusses Hans Jaax (SPD) soll sich die Arbeitsgruppe aus Vertretern des Verkehrsausschusses unter Beteiligung des Ausschusses für Innere Verwaltung und des Haushalts- und Finanzausschusses zusammensetzen, wobei aus diesen Ausschüssen die Fraktionen jeweils einen Vertreter entsenden. Außerdem sollen der Arbeitsgruppe von den zuständigen Ministerien der Landesregierung benannte Vertreter beratend angehören.

Bei der Sitzung, die zusammen mit dem brandenburgischen Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr auf dem Flughafen in Düsseldorf durchgeführt wurde, wurden weitere Themenbereiche des Schienenverkehrs, der ordnungsgemäßen Durchführung von Stadtbahnbaumaßnahmen sowie der künftigen Mittelsituation im Straßenbau eingehend erörtert. Im einzelnen ging es um die neue Trasse für den ICE von Köln nach Frankfurt auf der rechten Rheinseite, die EG-Vorlage zum europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz sowie Konsequenzen aus den Feststellungen des Landesrechnungshofs zur Durchführung und Abrechnung von Stadtbahnbaumaßnahmen. Schließlich diskutierte der Ausschuß noch Kürzungen im Bundesfern- und Landesstraßenbau sowie den Stand der Überlegungen zur Beschleunigung von Planungsverfahren.

## Getränkesteuerpläne:

# CDU verlangt klares Wort der Landesregierung

*An die gesetzliche Abschaffung der Getränkesteuer im Jahr 1971 erinnerte die CDU in ihrem Antrag (Drs. 11/1436), daß Innenminister und Finanzminister des Landes eine Neueinführung dieser Steuer nicht zulassen sollten. Der Antrag wurde nach Diskussion am 24. April im Plenum abgelehnt.*

**Albert Leifert** (CDU) meinte, in ihrer von der Landesregierung verursachten finanziellen Not holten Kommunen „antiquierte Folterinstrumente aus der Mottenkammer, etwa die Getränkesteuer aus den sogenannten Notverordnungszeiten“. Diese Getränkesteuer sei eine Gaststättensteuer und fördere die Schwarzarbeit. Durch die finanzielle Strangulation der Gemeinden gehe ihr Anteil an den Landessteuereinnahmen ständig zurück, das Land konsolidiere seinen Haushalt auf Kosten der Kommunen. Sie suchten darum nach Auswegen.

**Reinhard Wilmbusse** (SPD) erklärte, er wisse nicht, was der Antrag solle; die Landesregierung habe nicht erklärt, daß sie die Getränkesteuer wolle. Der Antrag sei völlig überflüssig, die SPD werde ihn darum ablehnen. Wenn es in den Gemeinden „Angst“ gebe, dann allenfalls vor einer Abschaffung der Gewerbesteuer, wie sie von CDU und F.D.P. geplant werde.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) hielt dafür, daß bei der Getränkesteuer schon die Luft heraus sei: In Essen und Duisburg sei sie inzwischen gescheitert. Der Gedanke der Getränkesteuer sei schon immer eine rechte Schnapsidee gewesen, urteilte Ruppert und forderte den Innenminister zu einem klaren Wort vor dem Landtag auf, daß er nicht die Absicht habe, Anträge zur Einführung der Getränkesteuer zu genehmigen.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) nahm das Land vor dem Vorwurf in Schutz, es allein habe die finanzielle Not der Gemeinden zu verantworten: Auch der Bund habe sein Scherflein dazu beigetragen, indem er die Gemeinden jahrelang mit immer neuen Aufgaben belastet habe. Als neues Stichwort seien der Wegfall von Gewerbesteuer und Gewerkekapitalsteuer in diesem Zusammenhang zu nennen. Sie halte die Getränkesteuer aus verschiedenen Gründen für falsch und werde sie mit ihrer Fraktion ablehnen.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) hielt es nicht für angebracht, bei diesem Thema erneut in eine Diskussion über die Gemeindefinanzierung einzusteigen; die Kommunen bekämen schließlich 800 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Wenn er seine Skepsis gegen die Getränkesteuer nicht deutlicher ausdrücke, dann aus Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung und „ich möchte nicht, daß sich Gemeinden hinter den Aufsichtsbehörden verstecken“. Was die Getränkesteuer angehe, so verlasse er sich gerne auf die Kommunalpolitiker, die eher das Ohr beim Volk haben als etwa der Kämmerer oder Hauptverwaltungsbeamte, „die hinterher ihren Kopf bei den Wahlen nicht hinhalten müßten“.

**Haushalt 1991 und Gemeindefinanzierungsgesetz verabschiedet — Generaldebatte****CDU wirft Regierung Versagen in Innenpolitik wegen des Mordes an Rohwedder vor****Fraktionen der SPD, F.D.P. und GRÜNEN zeigen sich betroffen über Äußerungen der Union**

Die CDU-Opposition hat bei der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 1991, der Finanzplanung 1990 bis 1994 sowie des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1991 Zweifel angemeldet, ob die Ermordung des Treuhand-Chefs Detlev Karsten Rohwedder ein „unabwendbares Ereignis“ gewesen sei. Ihm sei im Vorfeld des Tormordes in Nordrhein-Westfalen der bestmögliche Schutz „in Kenntnis der Gefährdung“ vorenthalten worden, meinte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Helmut Linssen, in der Generaldebatte. Er machte Ministerpräsident Johannes Rau sowie Innenminister Dr. Herbert Schnoor (beide SPD) verantwortlich „für das Versagen der Innenpolitik“ im Lande. SPD, F.D.P. und DIE GRÜNEN zeigten sich betroffen über die Angriffe Linssens. Trotz der Vereinbarungen aller Fraktionen, im Angesicht der Bluttat an Rohwedder und in Fragen der Terrorismusbekämpfung auf polemische Auseinandersetzungen zu verzichten, versuche die CDU, den Mord an dem Treuhand-Chef „für parteipolitische Zwecke auszunutzen“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann (siehe auch Seite 1). Zum Haushalt äußerte sich der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde. Er hielt der Landesregierung eine „Haushaltlinie des Treibenlassens“ vor. Die Fraktionssprecherin der Grünen warf der Regierung Versagen beim Umweltschutz vor. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bewertete den Haushalt als „angemessene und richtige Antwort in schwierigen Zeiten“. Gemeindefinanzierungsgesetz und Haushaltsgesetz 1991 wurden in dritter Lesung verabschiedet, die Finanzplanung zur Kenntnis genommen. Zuvor hatte der Landtag drei Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt, nach der Gesamtverabschiedung erfuhr drei weitere Entschließungsanträge der Grünen Ablehnung. Ein SPD-Antrag zu Öko-Abgaben wurde angenommen. Der Haushalt 91 beläuft sich auf 71,3 Milliarden Mark. Die Steigerungsrate beträgt 5,3 Prozent.



Debatte begann mit scharfer Kontroverse: v. l. CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen, SPD-Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde und Grünen-Fraktionssprecherin Bärbel Höhn.  
Fotos: Schüler

sches Fehlverhalten mißbrauche. Bei der Zusammenlegung von RAF-Terroristen habe die Regierung einen einstimmigen Landtagsbeschluss mißachtet. Mit Kniefällen vor Terroristen müsse sie endlich Schluß machen. Die innere Sicherheit sei schwer gefährdet, was auch an zunehmender Kriminalität abzulesen sei. Das Gladbecker Geiseldrama habe erschreckend vor Augen geführt, daß die Landesregierung mit ihrer liberalen Polizeiphilosophie kläglich gescheitert sei. Der organisierten Kriminalität stehe sie hilflos gegenüber. Bei der unterlassenen Abschiebung der Roma und Sinti beuge der Verfassungsminister das Recht. Die Kosten trügen die Gemeinden. Erst Hoffnung auf Verbleib zu wecken, dann auf Kosten des Steuerzahlers doch in die Heimat zurückzuführen, sei zutiefst inhuman und unsozial. Der innere Friede im Land sei gefährdet. Es fehlten mehr als 7 500 Polizisten. Der Innenminister setze die Polizei unter enormen Leistungsdruck. Es fehle aber auch an intelligenten Strategien und Konzepten zur Verbrechensbekämpfung. Unverantwortlich sei die Schuldenpolitik der Landesregierung. Jede Stunde müsse NRW über 800 000 Mark Zinsen bei den Banken abliefern.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann**, SPD-Fraktionsvorsitzender, zeigte sich entsetzt und persönlich enttäuscht darüber, daß sich Dr. Linssen nicht an die interfraktionelle Absprache vom Vortag gehalten habe, aus übergeordneten Gründen auf polemischen Streit aus Anlaß des Mordes von Rohwedder zu verzichten. Trotz der Vereinbarung aller Landtagsfraktionen, im Angesicht der Bluttat an Rohwedder und in Fragen der Terrorismusbekämpfung auf polemische Auseinandersetzungen zu verzichten, versuche die Union, den Mord an dem Treuhand-Chef „für parteipolitische Zwecke“ auszunutzen, erwiderte Farthmann dem CDU-Fraktions-

vorsitzenden. Zu den dramatischen Umständen des Haushaltsjahres zitierte Farthmann Unionspolitiker aus dem Vorjahr: Die Koalition habe die Leute belogen, daß sich die Balken bögen. Von den Steuererhöhungen bekämen die Länder keinen Pfennig. Die Bonner „Solidarität“ verschone Beamte und Selbständige. Die Länder würden an den Rand des finanziellen Ruins gerückt. Schmerzliche Einschnitte seien die Folge. In den neuen Ländern habe die Bundesregierung ein Jahr nutzlos verstreichen lassen. Das Programm Aufbau Ost sei genau sein Vorschlag im Thüringer Wahlkampf. Während für die Einheit gerade leistungsfähige Länder nötig seien, werde die Axt an den Föderalismus gelegt. Mit unglaublicher Kraftanstrengung setze NRW dennoch politische Eckpunkte fort. Dessen Bürger hätten Anspruch auf angemessene staatliche Leistungen. Zur Frage der Zusammenlegung der Terroristinnen in Köln meinte Farthmann, dies sei auf Empfehlung des damaligen Staatssekretärs im Bundesjustizministerium und derzeitigen Bundesjustizministers Klaus Kinkel (F.D.P.) geschehen. Ziel der Zusammenlegung sei damals gewesen, den Terroristen die Möglichkeit zu „Ein- und Umkehr“ zu geben.

**Dr. Achim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, bedauerte ebenfalls die Angriffe von Dr. Linssen und wandte sich gegen die Besserwisserei von Prof. Farthmann im Hinblick auf die Wirtschaftsprobleme der neuen Länder. Teilen und helfen könne nur, wer seine eigenen Finanzen in Ordnung halte. NRW spare und konzentriere nicht genug. Kritik und Vorschläge der Opposition sollten erster genommen werden. Ständige Schönfärberei beseitige im Bildungs- und Schulbereich die ungleichen Chancen und Unterrichtsausfälle nicht. Anstelle des öden Rituals könne gemeinsam die Qualität von Schule und Hochschule verbessert werden.

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, sprach eingangs der Familie des ermordeten Treuhand-Chefs Rohwedder das tiefe Mitgefühl namens der CDU-Fraktion aus und äußerte sich tief bestürzt über Innenminister Schnoor, der die Legende in die Welt gesetzt habe, wonach Rohwedder den angebotenen Schutz ausdrücklich nicht gewollt habe. Die Witwe habe entschieden widersprochen. In NRW sei der erforderliche Schutz vorenthalten worden, anders als in Berlin. Die CDU sei es leid, wenn der Minister die Polizei als Schutzschild für politi-

Es wäre gut, wenn sich die SPD auch für einen neuen Energiekonsens öffnen würde. Auch ein neues Verkehrskonzept werde gebraucht. Die Verteufelung des Autos sei nicht richtig. Die Ost-West-Achse beim Verkehr verändere gewohnte Standortqualitäten. Lernfähigkeit sei gefragt, gemeinsame Anstrengungen müßten in vielen Bereichen gegenüber Bonn oder der EG unternommen werden. Beim Personal müsse stärker gespart werden, in Leitungsebenen habe sich zuviel angesammelt. Die Opposition sei das Fußvolk und könne am Runden Tisch mitarbeiten.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) widmete ihren Redebeitrag der Kurdenhilfe, der Entwicklung in den neuen Bundesländern und der Situation in Nordrhein-Westfalen. Sie verlangte den Aufbau einer Friedenspartnerschaft zwischen Kurdistan und NRW und ein humanitäres Hilfsprogramm. Mit der Politik der Bundesregierung im Osten ging sie scharf ins Gericht und nannte den Bundeskanzler einen „umgekehrten Robin Hood: er nimmt den Armen und gibt den Reichen“. Um die Probleme drüben zu lösen, müßten neue Finanzformen gefunden werden. Was die Situation im Lande anlange, so versage die Landesregierung im Umweltschutz, große Worte würden von Alibivorhaben gefolgt. Da für den Umweltschutz im Etat immer weniger vorgesehen werde, „so wird das Land dem ökologischen Umbau noch in 100 Jahren hinterherkriechen“. Wer ernsthaft hier vorankommen wolle, müsse das Instrumentarium von Ökosteuern und Ökoabgaben einsetzen. Auch im sozialen Bereich werde systematisch gespart.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) zeigte sich von der Rede des CDU-Vorsitzenden enttäuscht, die Ereignisse in Rheinland-Pfalz hätten offenbar keine Erkenntnisse bei der hiesigen CDU bewirkt. Im übrigen sei der Landshaushalt „die angemessene und richtige Antwort in einer schwierigen Zeit“. So sei es gelungen, in kürzester Zeit über eine Milliarde Mark einzusparen, um sie für die neuen Länder draufzusatteln; das sei, ohne Abstriche an der Regierungserklärung vorzunehmen, gelungen. Damit habe sich die Landesregierung — übrigens ganz anders als die Bundesregierung — als handlungsfähig erwiesen. In der Frage der geplanten Erhöhung der Kindergartengebühren verwies er auf Ankündigungen in seiner Regierungserklärung, wonach sich bei Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen die unterschiedliche Einkommens- und Vermögenslage deutlicher widerspiegeln müsse, und auf die höheren Beiträge in anderen Bundesländern. Ihm liege daran, daß die Ausgabeschwerpunkte aus der Regierungserklärung im Haushalt wiederzufinden seien — „und das ist bei diesem Haushalt so“. Deutliche Kritik übte der Ministerpräsident an der Bonner Absicht, nur den Bund und nicht die Länder an der zu erwartenden „Einnahmeorgie“ teilhaben zu lassen. Im Gegenteil würden vom Bund noch die Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden gesenkt. Hier müsse als Ergebnis eines Dialogs eine neue Gemeinsamkeit gefunden werden, betonte Rau und hielt der Bundesregierung vor, sie habe kein finanzpolitisches Konzept für die Entwicklung in den neuen Ländern. Zudem verteile sie die Lasten ungerecht, was zu Verdrossenheit und Unsicherheit führe. Als „merkwürdig“ habe er empfunden, leitete Rau zur Haupt-



Zum Haushalt: Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) Foto: Schüller

stadtfrage über, daß der Bundeskanzler mit seiner Erklärung für Berlin zwei Tage nach der Wahl in Rheinland-Pfalz gewartet habe; er hätte dazu heute eine Erklärung des CDU-Fraktionsvorsitzenden erwartet: Er, Rau, werde weiterhin für die Interessen der Rheinschiene eintreten, ohne „Berlin“ schlecht zu reden“, betonte er.

**Dr. Helmut Linsen** (CDU) warf Rau vor, in schwieriger Zeit immer nur die Arie „Kein schöner Land in dieser Zeit“ zu singen und die Diskussion über die Umsetzung seines Wunschkatalogs schuldig zu bleiben. Schön seien sprudelnde Steuereinnahmen dank der Bonner Steuerenkungen gewesen. Trotz Einsetzung der Kommission Terrorismus-Bekämpfung lassen sich die CDU ihre Kritik an der inneren Sicherheit in NRW nicht abkaufen. Sie halte sich an Absprachen, einen Pakt zu schweigen habe es nicht gegeben.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) äußerte Zufriedenheit über die Kommission und die Vereinbarung aller Fraktionen. Personen- und Objektschutz sei eine hochqualifizierte Polizeiaufgabe. Die Bewertung von deren Ausführung müsse durch Fachleute erfolgen.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) bestand darauf, der CDU-Redner hätte besser geschwiegen zum Komplex Rohwedder-Mord.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) vermißte ein Mindestmaß an Überblick im Haushalt und erläuterte die Ergebnisse von Recherchen seiner Fraktion zu wichtigen Politikfeldern. Da kämen dann für die Regierung unangenehme Wahrheiten ans Licht, etwa die stillschweigende Verdoppelung der Subventionen für den Flugverkehr, die Senkung der Ausgaben für Abwasserreinigung oder die Tatsache, daß nur 1,5 Prozent des Landesetats für Umweltschutz ausgegeben werden. Die SPD verzichte freiwillig auf den Gestaltungsspielraum und trage zur schleichenden Entmachtung des Parlaments bei, meinte Busch und nannte es „absolut skandalös“, daß etwa der Verfassungsschutz 40 Jahre nicht kontrolliert worden sei.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) wies diese Behauptung zurück; die Landesregierung habe sehr wohl über den Verfassungsschutz im zuständigen Ausschuss Rechenschaft abgelegt. Mit dem Bohren nach Zahlen verberge die grüne Fraktion, daß sie den ganzen Bereich abschaffen wolle. Dagegen wehre sich seine Fraktion, da für sie der Verfassungsschutz zu einer wehrhaften Demokratie gehöre. Was den Landshaushalt angehe, so müsse er dringend umstrukturiert werden, weil sonst Verschuldung und ansteigende Zinslasten in Zukunft jeden politischen Handlungsspielraum zu nehmen drohten. Die Verschuldung gehöre eingedämmt und Sparpotentiale seien entschlossen zu nutzen.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) vermißte Äußerungen von Rau zu den Gemeindefinanz, bei denen Gleichschritt mit Landeseinnahmen versprochen worden sei. Statt dessen würden die Gemeindefinanz unerträglich befrachtet, auch mit Zinsen für enorme Landdeshschulden. Nach Aufzählung wichtiger Aufgaben der Gemeinden stimmte Ruppert namens seiner Fraktion dem Anliegen der CDU-Entschließung zu.

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) kritisierte das Verfahren bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes. Haushaltskontrolle sei nicht alles, auf Effizienzkontrolle dürfe auch nicht verzichtet werden. Dem CDU-Redner Linsen warf Appel Diffamierung vor, wodurch der Boden für neue Generationen von Terroristen bereitet werden. Die Grünen seien dagegen für Dialoginitiativen mit Inhaftierten.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD) erklärte im Auftrag der Parlamentarischen Kontrollkommission, Wirtschafts- und Stellenplan 1991 des Verfassungsschutzes seien ausführlich erörtert worden, der Innenminister habe in der Sitzung am 22. April alle Fragen zufriedenstellend beantwortet. Schließlich seien die Pläne bei Enthaltung der Grünen einstimmig gebilligt worden. Da man eine Verfahrensänderung verabredet und in diesem Jahr zum ersten Mal angewandt habe, so sei die Klage Buschs „Schnee von gestern“ und „viel Aufregung um nichts“. Im übrigen sei man sich im klaren, daß die gesetzliche Regelung für die Bewilligung von Ausgaben für den Verfassungsschutz lückenhaft sei; Abhilfe könne eine Gesetzeserweiterung mit dem Inhalt sein, daß der Haushalt des Verfassungsschutzes von der Parlamentarischen Kontrollkommission beraten wird.

## Diplomprüfung als Erste Staatsprüfung

Die Diplomprüfung kann unter Umständen als Erste Staatsprüfung für das Lehramt anerkannt werden. Mit dieser Maßnahme will die Landesregierung den zunehmenden Bedarf bei Lehrern vor allem in den Bereichen Elektrotechnik und Metallberufe decken. Ferner wies das Kultusministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Paul Mohr (Drs. 11/954) darauf hin, daß die Zahl der freien Stellen für Lehrer in den kommenden Jahren steigen werde, da immer mehr Lehrer aus dem Dienst ausschieden. Dem wachsenden Bedarf stünden allerdings schon jetzt hohe Zahlen bei den Studienanfängern gegenüber, die voraussichtlich noch steigen würden.

## Empfang zum 60. Geburtstag von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, hat am Samstag, 20. April, ihr 60. Lebensjahr vollendet. Aus diesem Anlaß und ihr zu Ehren haben die Vizepräsidenten des Landesparlaments, Dr. Hans-Ulrich Klose und Ulrich Schmidt, am Montag, 22. April, in der Wandelhalle des Landtags einen Empfang gegeben.

Erster Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose begrüßte bei dem Empfang den israelischen Botschafter Benjamin Navon, die Landtagspräsidenten von Brandenburg, Dr. Herbert Knoblich, von Mecklenburg-Vorpommern, Rainer Prachtl, von Sachsen-Anhalt, Dr. Klaus Keitel, von Rheinland-Pfalz, Dr. Heinz Peter Volkert, Fraktionsvorsitzende, zahlreiche nordrhein-westfälische Landesminister und Staatssekretäre, die Präsidenten des Landesrechnungshofs und Verfassungsgerichtshofs, des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und der WestLB sowie Gäste aus Delitzsch in Sachsen und Wiener Neustadt, den Partnerstädten Monheims, wo Frau Friebe zu Hause ist. Bereits am Samstag hatte ihr in ihrer Heimatstadt Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) gratuliert.

### Auftrag treu geblieben

Beim Empfang im Landtag sagte Erster Vizepräsident Dr. Hans Ulrich Klose in seiner Festrede, man habe sich im Haus des Landtags am Rhein zusammengefunden, um der Präsidentin zur Vollendung des 60. Lebensjahres zu gratulieren und ihr gute Wünsche für das neue Jahrzehnt zu sagen. Klose erinnerte daran, daß Frau Friebe ihren politischen Lebensweg als Bürgermeisterin von Monheim begonnen habe, in ihrer Partei, der SPD, im Rat der Stadt Monheim. Es sei deutlich geworden, daß ein Abgeordneter gut beraten sei, niemals die enge Bindung zu den Bürgern, seinen Wählern, abreißen zu lassen. „Sie sind Ihrem Auftrag treu geblieben. Sie haben dieses Vertrauen in Ihre parlamentarische Arbeit eingebracht“, sagte der Vizepräsident. Schließlich sei sie zur Präsidentin des Landtags gewählt worden, „nicht weil wir eine Frauenquote erfüllen wollten, sondern weil wir davon überzeugt waren, daß eine erfahrene und erfolgreiche Politikerin auf diesen Platz gehörte“. Der Landtag dürfe sich glücklich schätzen, eine erfahrene Kommunalpolitikerin und Bürgermeisterin an seiner Spitze zu wissen.

Die Landtagspräsidentin gehöre einer Generation an, die das Schicksal von Verfol-

### Grenzkorrektur

Nordrhein-Westfalen wird um rund 1 000 qm kleiner. Bei der ersten Lesung des Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen NRW und Rheinland-Pfalz über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze (Drs. 11/1199) berichtete Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD), die Korrektur der Landesgrenze sei aus vielen verwaltungspraktischen Gründen erforderlich, denn sie gehe mitten durch eine Industrieanlage in Siegen. Die Stellungnahmen der Gebietskörperschaften seien eingeholt. Es gebe keine Einwendungen.

## Menschliches Schicksal nicht aus dem Blickfeld verloren



Gratulation im Landesparlament: v.l. Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt. Fotos: Schüler

gung, Krieg und Not, Hunger und Elend erlitten habe. Sie habe als junger Mensch den Schrecken der Verfolgung der Eltern, die Angst um die persönliche Existenz erfahren. Ein solches Erlebnis bestimme, ob man wolle oder nicht, das Denken und Tun im weiteren Leben. Ingeborg Friebe habe teil am Aufbau der Nachkriegszeit gehabt. Sie habe den politischen Extremismus, ob rechts oder links, stets abgelehnt und bekämpft. Klose verdeutlichte, daß Politik auch immer Streit um die Macht sei. Frau Friebe habe in ihrem Leben unter Beweis gestellt, daß sie das menschliche Schicksal als Bürgermeisterin, Abgeordnete und jetzt als Präsidentin nicht aus dem Blickfeld ver-

loren habe. „Mit ihr bleibt ein Stück menschliches Empfinden in der Politik präsent“, sagte der Vizepräsident.

Im Verlauf seiner Ansprache verwies Dr. Hans-Ulrich Klose ferner darauf, daß die Parlamente der Länder um ihr Selbstverständnis in einem Europa ringen würden, das immer stärker politisch Gestalt annehme, in einem vereinigten Deutschland, das die bewährte bundesstaatliche Struktur bewahren müsse, und wie stets gegenüber der Regierung im eigenen Bundesland. „Der Präsidentin unseres Hauses sind für die kommenden Jahre große Aufgaben gestellt. Ich hoffe, daß wir sie gemeinsam erfüllen werden“, schloß Klose.



Glückwünsche aus den neuen Bundesländern: v.l. der Landtagspräsident von Brandenburg, Dr. Herbert Knoblich, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und der Landtagspräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Rainer Prachtl.

## Grüne: Land soll WestLB-Anteile verkaufen

### Starke Landesbank dient NRW-Interessen

Der Grünen-Antrag, die Landesanteile an der WestLB vorrangig an die Sparkassen und die Landschaftsverbände zu verkaufen, um Haushaltsspielräume zu gewinnen (Drs. 11/1393), wurde von der SPD-Mehrheit im Plenum am 24. April abgelehnt. CDU und F.D.P. befürworteten das Anliegen grundsätzlich. Der Antrag wurde in die Ausschußberatung überwiesen.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) begründete den Antrag mit Riesenschritten der WestLB dank staatlicher Subventionierung. Das Land sorge mit öffentlichen Mitteln für größeres Wachstum als andere Banken. Es habe einen Anteil von 43 Prozent am Grundkapital der WestLB, der marktmäßig angelegt 170 Millionen Mark Zinsen abwerfen müßte. Dagegen zahle die WestLB nur 40 Millionen in den Landeshaushalt und enge damit den Spielraum, etwa für Sozialpolitik, ein. Die Einbringung der Wohnungsbauförderungsanstalt (WFA) weite den Geschäftsradius weiter aus. Mit der Investitionsbank könne massiver Informationsmißbrauch betrieben werden. Die CDU habe sich auf einen Klüngel eingelassen. Die Grünen würden die abenteuerliche Verquickung von Mitteln und die Gefährdung der Landespolitik nicht mitmachen und forderten die Veräußerung der Landesanteile an die Sparkassen und Landschaftsverbände.

**Reinhold Trinius** (SPD) lehnte eine so mögliche Privatisierung der WestLB ab, die zudem gegen geltendes Recht verstoße. Die SPD sei für Geschäftstätigkeiten der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute am Markt. Wettbewerbskorrigierende Funktion sei eine der vornehmsten Aufgaben der WestLB und der Sparkassen. Konkurrenz sei nur mit Mindestgröße zu erreichen. In den neuen Ländern hätten sich zwei Großbanken das Geschäft der alten DDR-Staatsbank geteilt. Über Nacht hätten wir es mit einem breiten staatlichen Sektor im Wirtschaftsleben des geeinten Deutschland zu tun. Mittelständische Unternehmen, die in Nischen des Weltmarkts eingesprungen seien, müßten bei internationalen Beziehungen unterstützt werden. Auch dafür seien weltweite Operationen der WestLB gut.

**Hartmut Schauerte**, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender, betonte, die CDU-Fraktion stehe eindeutig auch zum öffentlich-rechtlichen Bankensektor. Aber, das, was jetzt passiere, sei die neue ideologisch-gewerkschaftlich geprägte wirtschaftspolitische Handschrift des Finanzministers. „Das, was jetzt passiert, können wir so nicht mitmachen“, sagte der Abgeordnete. Demokratie lebe vom Streit. Aber Banken müßten diesen Streit vermeiden. Wenn dieses wichtige Institut des Landes die wesentlichen Elemente der Wirtschaftspolitik umsetze, sei es im Streit. „Da wir es im Interesse der Bank nicht streitig haben wollen, sagen wir: Land, zieh Dich stärker daraus zurück, damit wir diese Bank an ihrem Wachstum, an ihrer Aufgabe, an ihrer Funktion für den Kreditmarkt und für die Sparkassen nicht länger hindern.“

**Dr. Achim Rohde**, Fraktionsvorsitzender der F.D.P., erklärte zum Konzept der WestLB, erstens begrüße man das Universalbankgeschäft der WestLB, zweitens deren Auslandsgeschäft. Deren Auslandstätigkeit sei ein Pluspunkt für das Land und seine Wirtschaft. Im Gegensatz zur CDU wolle die F.D.P. auch daran festhalten, daß die WestLB die Verwaltung staatlicher Gelder übernommen habe. Das heiße nicht, daß es unbedingt bei dieser Konstruktion bleiben müsse. Man unterscheide sich von der SPD, indem man sich durchaus andere Eigentumsverhältnisse bei der WestLB vorstellen könne. Als notwendig erachtete es Rohde, daß es bald zu einem Gespräch über die Wettbewerbsneutralität des Vergabeverfahrens öffentlicher Gelder durch die WestLB komme.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) sagte, den Forderungen dieses Antrags

## Personalkostenzuschüsse

### Praktische Solidarität mit Land Brandenburg

Der Landtag hat dem Staatsvertrag zwischen Brandenburg und NRW über die Gewährung von Personalkostenzuschüssen entsprechend der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses einstimmig beigeplottet. **Norbert Burger** (SPD) sagte, mit dem Abschluß dieses Staatsvertrages werde ein wichtiger Akt praktischer Solidarität des Landes NRW mit dem Lande Brandenburg Wirklichkeit. Nicht nur Landesbedienstete, sondern sicher auch Kommunalbedienstete seien aufgerufen, nach drüben zu gehen und dort zu helfen. **Ruth Hieronymi** (CDU) betonte, der schnelle und unbürokratische Aufbau einer effizienten Verwaltung in den neuen Bundesländern sei die entscheidende Voraussetzung für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. **Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) merkte an, die F.D.P. stimme dem Staatsvertrag zu. **Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) meinte, man habe eine Verpflichtung, alles „in unserer Macht stehende“ zu tun, damit entsprechend arbeitsfähige Strukturen in diesem Bundesland aufgebaut werden könnten.

nachzugeben, würde bedeuten, daß die WestLB als Instrument der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes aufgegeben werden müsse. „Und das wollen wir nicht.“ Das sei für die Landesregierung kein Thema. Die Nutzung der WestLB als Staatsbank sei Bestandteil der Wirtschafts- und Strukturpolitik. In diesem Rahmen erfülle die WestLB einen öffentlichen Auftrag. Diesen öffentlichen Auftrag werde die Landesregierung durch ihre Eigentümerfunktion gewährleisten. Der Minister unterstrich, der Dreiklang von privaten Banken, Genossenschaftsbanken und öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten müsse erhalten bleiben. Die WestLB habe sich in den letzten Jahren nicht durch massives, sondern durch maßvolles Wachstum ausgezeichnet. Die Beteiligungspolitik erfolge in Übereinstimmung mit allen Gewährsträgern.



Auf Einladung des CDU-Landtagsabgeordneten und Vizepräsidenten der Handwerkskammer Düsseldorf, Franz Püll (vorne links), tagte der Vorstand der IKK Düsseldorf und Neuss im nordrhein-westfälischen Landtag. Erörtert wurden aktuelle sozialpolitische Fragen sowie der Diskussionsstand zum Thema Pflegeversicherung (Bild links) — Die Verbesserung des Verbraucherschutzes stand im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen den beiden Abgeordneten der Grünen, Dr. Katrin Grüber (4. v. r.) und Siegfried Martsch (2. v. l.) und dem Landesvorstand des Verbandes der Lebensmittelchemiker im öffentlichen Dienst unter der Leitung von dessen Vorsitzenden Dr. Friedrich Ahrens. Ausgangspunkt des Gesprächs war die „Duisburger Erklärung“ des Verbandes. Darin fordert er, daß die amtliche Überwachung von Konsumgütern intensiviert werden müsse. Konsequenz des Gesprächs: Die Grünen wollen die Vorstellungen der „Duisburger Erklärung“ in die parlamentarische Arbeit einbringen (Bild rechts).

## Innenminister zur Not der Kurden: Hoffnung, daß Weltgewissen wach geworden ist

Eine Aussprache über den SPD-Antrag „Völkergemeinschaft muß Menschenrechte für Kurden sicherstellen“ sowie den Grünen-Antrag „Nordrhein-Westfalen hilft Kurden und Schiiten“ hat keine Einigkeit im Landtag ergeben. Ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen wurde nicht erreicht. Zwar brachten alle Sprecher ihr tiefes Mitgefühl für das kurdische Volk zum Ausdruck. Die Debatte war indessen von zahlreichen Dissonanzen und Schuldzuweisungen gekennzeichnet. Der SPD-Antrag (Drs. 11/1555) wurde angenommen. Die anderen Anträge, darunter ein Entschließungsantrag von CDU und F.D.P. (Drs. 11/1566 und 1644), abgelehnt.

**Reinhold Hemker** (SPD) sagte: „Unser Antrag ist ein exemplarischer Antrag.“ Er spreche von der Sehnsucht des kurdischen Volkes nach Freiheit und Selbstbestimmung. Rechte, Grundrechte, Menschenrechte: Werte, die weltweit gemäß der Verfassung der Vereinten Nationen allen Mitgliedern der Völkergemeinschaft zustünden, ja eigentlich garantiert würden. Er denke dabei natürlich mit allen Gleichgesinnten nicht nur an die jetzige historische Chance, für das kurdische Volk zu angemessenen völkerrechtlichen, staatlichen Lösungen zu kommen. Er sei betroffen und auch voller Trauer und Wut, daß erst jetzt nach dem neuerlichen Völkermord durch die Erfüllungsgehilfen eines mörderischen Diktators zumindest in einem Teil der Welt Lösungsmöglichkeiten im Zuge der UNO-Resolution 688 erwogen würden. Der Abgeordnete meinte ferner, daß führende Politiker in der Türkei anfangen, die Kurdenfrage nicht mehr so nur so zu behandeln, indem sie ihre Hände in Unschuld wuschen, sei dringend geboten.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) erklärte, als Saddam Hussein vor drei Jahren Giftgas gegen die Kurden eingesetzt habe, habe die Welt weggeschaut. Nur Friedens- und Dritte-Welt-Gruppen hätten damals gegen das Schweigen um sich herum angeschrien. Die CDU bat Vesper inständig, nicht diese Debatte wieder dazu zu nutzen, ausgerechnet diejenigen, die nicht geschwiegen hätten, anzugreifen. Der Golfkrieg habe den Völkermord an den Kurden und Schiiten gewiß nicht verursacht, habe ihn aber wohl mit ausgelöst und zugespitzt: „Wir waren gegen diesen Krieg. Das haben wir hier im Landtag eindeutig gesagt.“

**Herbert Reul** (CDU) meinte, es sei nicht der Zeitpunkt für parteipolitische Auseinandersetzungen oder für polemische Äußerungen. Der Abgeordnete konnte sich indessen nach eigenen Worten „die Feststellung nicht verkneifen“, er habe einen großen Teil derjenigen, die um die Osterzeit auf die Straßen gegangen und für Frieden demonstriert hätten, in diesen Tagen vermißt. „Wir müssen



Menschenrechte für Kurden: v.l. Reinhold Hemker (SPD), Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), Herbert Reul (CDU) und Andreas Reichel (F.D.P.).  
Fotos: Schüler

uns gemeinsam bemühen, Lösungen zu finden“, sagte Reul. Er dankte auch den Amerikanern, die durch Errichtung von Lagern im Norden des Iraks das Lebensrecht der Kurden sichern wollten. Der Antrag der Grünen sei da kaum noch nachzuvollziehen. Er vermittele den Eindruck, als ob die Amerikaner die eigentlich Schuldigen seien.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) kritisierte ebenfalls die Grünen. Ausgerechnet diejenigen, die nach Aufnahme der Kampfhandlungen im Golfkrieg den Amerikanern einen militärischen Einsatz vorgeworfen hätten, beschwerten sich jetzt darüber, daß George Bush seine Truppen zum Schutz der Kurden nicht eingesetzt habe. Niemand habe weniger Recht als DIE GRÜNEN, darüber Klage zu führen. „Ihre ganzen unergiebig Sprüche, daß jeder militärische Einsatz Unrecht ist, müßten Ihnen selbst absurd vorkommen“, sagte Reichel. Die F.D.P. sei der Auffassung, wer eine Weltfriedensordnung wolle, der müsse auch bereit sein, dies gegen Aggressoren durchzusetzen.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) sagte „zur kurdischen Tragödie“, er sei dankbar, daß die Völkergemeinschaft tätig geworden sei und daß es viele Hilfsaktionen gebe. Er finde jede Hilfsaktion gut, auch die Hilfsaktion der Bundesregierung. Wenn überhaupt etwas getan werde, sei das zu begrüßen. In einem Punkt der Flüchtlingspolitik kritisierte der Minister auch den Westen. Seinerzeit habe man die Türkei mit dem Flüchtlingsproblem alleine gelassen. „Wir sollten also nicht immer mit den Fingern auf die Türken zeigen.“ Es habe viele, viele Jahrzehnte schreckliches Unrecht an den Kurden gegeben, und kaum jemand habe davon Notiz genommen. „Jetzt hat man wenigstens Hoffnung, daß das Weltgewissen wach geworden ist, und insofern hat das bei allem Unglück auch noch eine gute Seite“, folgerte Schnoor.

**Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) betonte, wenn heute nicht jedes Menschenleben dieses Volkes gerettet werde, werde es bald keine politische Lösung mehr geben können. Im übrigen könne militärische Intervention keine Rettung des kurdischen Volkes bedeuten. Sie könne allenfalls im Sinne der Schutzzonen eine Gettoisierung schaffen.

**Herbert Reul** (CDU) berichtete, er haben eben erfahren, daß der Versuch, einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen

## Festlegung von Flüchtlingsquoten

Der Landtag hat bei der Beratung des SPD-Antrages „Armutswanderungen und staatliche Hilfe-Forderungen an eine neue Flüchtlingspolitik“ mit den Stimmen von SPD und CDU eine gesetzliche Festlegung von Flüchtlingsquoten gefordert, weil das Asylrecht zunehmend als Einwanderungsrecht wahrgenommen werde. Der SPD-Antrag (Drs. 11/1559) verlangt eine Regelung, wieviele Menschen im Jahr aus welchen Ländern nach Deutschland einwandern dürfen. Die F.D.P. stimmte gegen die Initiative, weil sie unpraktikabel sei. Auch die Grünen waren gegen eine Flüchtlings-Kontingentierung. (Ausführlicher Bericht über die Aussprache in der nächsten Ausgabe.)

zustande zu bringen, gescheitert sei. Er sei daran gescheitert, weil die SPD-Fraktion Wert darauf lege, daß die Flüchtlingspolitik der Landesregierung darin gelobt werde. Das verstehe er nicht mehr.

## Auf Bewährung

Insgesamt wurden 1990 in Nordrhein-Westfalen rund 40 Prozent aller Anträge, den Strafrest einer Freiheitsstrafe auf Bewährung auszusetzen, positiv entschieden. Dies geht aus einer Antwort (Drs. 11/1536) des Justizministeriums auf eine Kleine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Roland Appel hervor. Diese im Paragraphen 57 Strafgesetzbuch geregelte Möglichkeit der Strafaussetzung, so das Ministerium, trage der kriminalpolitischen Erwägung Rechnung, „die Chancen einer erfolgreichen Resozialisierung der Verurteilten verstärkt zu nutzen“.

## Ergänzung

Der F.D.P.-Abgeordnete Hagen Tschoeltsch hat auf einen fehlenden Begriff und damit mißverständlichen Sinn in seinem Redebeitrag zur zweiten Lesung des Haushalts 1991 in „Landtag intern“ Nr. 7 hingewiesen. Richtig muß es heißen: Bei der Ablehnung der Suventionskürzungen habe es plötzlich eine große Koalition von SPD und CDU gegeben.

## Vorschlag einer frühen Spezialisierung in der Polizeiausbildung umstritten

### CDU will weniger starre Denkmechanismen — dafür mehr Flexibilität und Konzentration

*Einstimmig hat der Landtag am 24. April den CDU-Antrag „Konzeption zur Neuordnung der Ausbildung der Polizei“ (Drs. 11/1341) nach der Debatte im Plenum an den Ausschuß für Innere Verwaltung zur weiteren Beratung überwiesen. In ihrem Antrag geht die CDU davon aus, daß nicht nur die personelle Ausstattung, sondern auch Motivation und Ausbildung für die Effektivität der Polizei entscheidend sind. Die vielfältigen polizeilichen Aufgaben verlangten vor allem in der Ausbildung eine Abkehr von starren Denkmechanismen und die Hinwendung zu mehr Flexibilität und stärkere Konzentration der Ausbildungsthemen.*

**Karin Hussing** (CDU) stellte eine „hoffnungslose Überlastung der nordrhein-westfälischen Polizei durch fehlende materielle und personelle Unterstützung seitens der Landesregierung“ fest, es fehlten mindestens 7500 Beamte und es werde immer schwieriger, qualifizierten Nachwuchs für einen Beruf zu gewinnen, der die innere Sicherheit zu gewährleisten habe. So schrecke die lange Dauer der Ausbildung

gierung sei für eine Verbesserung der Polizeiausbildung, der vorgeschlagene Katalog der CDU versetze die Beamten künftig in die Lage, den Wettkampf mit anderen Zweigen der inneren Verwaltung zu bestehen.

**Manfred Lucas** (SPD) pflichtete bei: Die Ausbildung sei zu verbessern, die Grundzüge der Ausbildungsinhalte müßten sorgfältig und behutsam überlegt und umgesetzt werden. „Dabei müssen die Betroffenen ein Mitwirkungsrecht haben“, fügte er hinzu. Die angestrebte kritische Bestandsaufnahme von Aufgabenumfang, Aufgabenvermehrung und Aufgabenwahrnehmung müsse Auswirkungen auf die Ausbildungsinhalte haben, die sich andererseits an der jeweiligen Aufgabenzuweisung, an den Eingriffsbefugnissen und ihren Wirkungen auf die Grundrechte zu orientieren hätten. Ferner sei ein gesellschaftlicher Konsens über die Inhalte unabdingbar. Was man aber nicht wolle, „sind Polizistinnen und Polizisten mit verkürzten Ausbildungsinhalten, die dann auch nur für bestimmte polizeiliche Aufgaben befähigen“. Im Interesse einer umfassenden und möglichst sachlichen Erörte-

gen des Handelns zu erkennen. Voll unterstützen könne sie dagegen die geforderte Einstellung von Seiteneinsteigern gerade für den kriminalpolizeilichen Dienst und auch für spezielle Sachgebiete. Die Sprecherin wiederholte die Anregung ihrer Fraktion, bei Aufgaben ohne hoheitliche Maßnahmen den Einsatz privater Unternehmen zu erwägen.

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) stellte fest, seine Fraktion sei nicht grundsätzlich gegen diesen Antrag, denn mit ihm zeige sich, „daß auch die CDU angefangen hat, an einigen Punkten über die Polizeiausbildung nachzudenken“. Er verlangte aber eine Präzisierung des Vorschlags, die Ausbildung weniger abstrakt-juristisch auszurichten: Wie habe man sich das vorzustellen, wenn ein Polizist in einer Situation Maßnahmen zu ergreifen habe, die im Zweifelsfall mit Grundrechtseinschränkungen verbunden seien? Wenn mit der Formulierung gemeint sei, daß man in der Ausbildung auf das Nachholen einer juristischen Paragraphenschulung in Einzelheiten des Verwaltungsrechts verzichten könne, dann sei darüber sicher zu reden. Wenn man eine bürgernahe Polizei wolle, fuhr Appel fort, dann müsse Abschied genommen werden von militärischem Drill, von der Kasernierung und einer Ausbildung, die bei männlichen Beamten geradezu den Chauvinismus fördere. „Reform muß auch heißen, daß in der Ausbildungsphase soziale Kompetenz, Sensibilisierung und Achtung für Minderheiten und andere Kulturen vermittelt wird“, erklärte der Sprecher.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) begann: „Kein Angehöriger des öffentlichen Dienstes ist so gefordert wie ein Polizeibeamter“; er treffe Entscheidungen mit Grundrechtseingriffen. Darum begrüße er, daß der Landtag sich mit der Ausbildung beschäftige. Das erwähnte „Militärische“ in der Ausbildung sei aber längst vorbei, und von Kasernierung könne auch keine Rede mehr sein. Es sei auch nicht richtig zu behaupten, daß die Polizei in der Fachhochschule systematisch isoliert werde. Sicher seien aber bei der Ausbildung Verbesserungen möglich und notwendig. Der CDU-Antrag decke sich in vielen Punkten mit seinen Vorstellungen, stellte der Minister fest, das gelte vor allem für die Bestrebungen, die Ausbildung insbesondere des mittleren Dienstes inhaltlich und methodisch zu ändern; der Theorieanteil müsse reduziert werden — „das bedeutet aber nicht, daß sich die Ausbildung nicht mehr am Menschenbild und an den Werten des Grundgesetzes ausrichten darf“. Ihm sei wichtig, die Ausbildung so einzurichten, daß keine zu frühe Spezialisierung stattfindet, da unterscheide er sich von der Haltung der CDU. Kritik übte der Minister auch an deren Forderung, Funktionsbewertung, Neuorganisationskonzept und Vorschläge zur Ausbildung zusammen vorzulegen. Bei der Diskussion über alle Fragen im Ausschuß solle man nicht vergessen, wandte der Minister ein, daß NRW nicht allein vorangehen dürfe, „sondern daß die Vergleichbarkeit mit den anderen Bundesländern gewahrt bleiben muß“. Man könne auch von den Polizeibehörden anderer Länder, etwa in den Niederlanden, viel lernen: So gebe es dort anders als bei uns keine Probleme beim Übergang von der Schutz- zur Kriminalpolizei.



Politik und menschlicher Umgang schließen sich nicht aus: Gespräch zwischen Innenminister Schnoor (l.) und Arbeitsminister Heinemann (r.) auf der Regierungsbank des Plenarsaals. Foto: Schüler

zum Kommissar — vom Eintritt in die Polizei bis zum Abschluß an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung vergehen zehn bis elf Jahre — viele Abiturienten ab. Darum sei die Feststellung kein Wunder, daß die Polizisten nach wie vor angesichts der beruflichen Unsicherheiten „in Scharen“ davonliefen. Neben der Vorlage einer Funktionsbewertung und dem Vorschlag zur Neuorganisation der Polizei solle die Landesregierung auch eine Neuordnung der Ausbildung konzipieren, die mehr Flexibilität und Differenzierung erlaube, die Ausbildungsinhalte stärker auf die Anforderungen des Polizeialltags konzentriere, die Ausbildungsdauer verbessere und die Möglichkeit des Seiteneinstiegs in alle Polizeibereiche eröffne, damit man neuen Herausforderungen begegnen könne. Auch die Landesre-

gierung sei die SPD für die Überweisung des Antrags. Nach dem Beitrag von Fraktionschef Linssen am Morgen habe er allerdings Zweifel, ob die Sachfragen mit der erforderlichen Sorgfalt und Behutsamkeit zu diskutieren sind: „Mit Herrn Dr. Linssen möchte ich über polizeiliche Ausbildungsinhalte nicht debattieren“, schloß Lucas seine Rede.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) fand in dem CDU-Antrag „eine ganze Reihe nachdenkenswerter und überdenkenswerter Vorschläge“. Über manches müsse man noch intensiver reden, etwa über die Forderung einer weniger abstrakt-juristischen als vielmehr einzelfallbezogenen Ausbildung. Eine gründliche juristische Ausbildung für Polizeibeamte sei aber erforderlich, um einen Tatbestand genau zu erfassen und die Grundla-

## „Interessenkollisionen sind auszuschließen“

Als Kampagne gegen die Mitbestimmung und als Angriff auf die persönliche Integrität von Kabinettsmitgliedern hat die SPD die Versuche der drei Oppositionsfraktionen zurückgewiesen, mit Blick auf mögliche Interessenkollisionen Ministerinnen und Minister künftig die Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten in der Wirtschaft zu untersagen.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) nannte es einen Akt politischer Hygiene, auch nur den Anschein auszuschließen, daß die Ausübung eines politischen Amtes durch private wirtschaftliche Interessen gesteuert werden könnte. Seine Fraktion sei gegen die Schwächung der Montanmitbestimmung, habe auch nicht die Illusion einer lupenreinen Trennung von Politik und Wirtschaft und erhebe schon gar nicht den Vorwurf der persönlichen Bereicherung. Aber es komme jetzt darauf an, das ursprüngliche Verhältnis von Ausnahme und Regel bei der parlamentarischen Genehmigung solcher Mandatsübernahmen wiederherzustellen.

**Dr. Achim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, plädierte für den von seiner Fraktion vorgeschlagenen Weg einer Verfassungsänderung und dabei aus den Regelungen in den Verfassungen anderer Bundesländer zu lernen. Die Genehmigung sollte in Zukunft nur noch ausgesprochen werden, wenn sie im öffentlichen Interesse liegt und Interessenkonflikte nicht zu befürchten sind. Es sei wohl unbestritten, daß Regelungsbedarf bestehe und eine Diskussion damit beendet werde, „die die Beteiligten nur als Verlierer verlassen können“.

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, schlug eine Änderung des Ministergesetzes vor, schloß die Übernahme von Mandaten nicht aus, wollte sie aber an den überwiegenden Einfluß des Staates an dem jeweiligen Unternehmen geknüpft wissen; die Beteiligung allein, wie sie die F.D.P. vorschläge, reiche nicht. Ausdrücklich sagte er zum Bereich Steinkohle, in diesen Wirtschaftszweig sei der Staat so involviert, daß die Genehmigungen völlig zu Recht erfolgt seien. Wer da von einem Angriff auf die Montanmitbestimmung redet, der „wirft Nebelkerzen“.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann**, SPD-Fraktionsvorsitzender, hielt die Angelegenheit für eine von der CDU angezettelte Kampagne, der sich die anderen Oppositionsfraktionen angeschlossen hätten. Die Beteiligung von Mandatsträgern im montanmitbestimmten Unternehmen entspreche Willen und Absicht des Gesetzgebers. Die CDU sei dabei, den Konsens zu verlassen, dem 1977 ihr damaliger Vorsitzender Heinrich Köppler ausdrücklich zugestimmt habe. Die bewährte Praxis der Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten durch Minister dürfe nicht aus Gründen der parteipolitischen Profilierung der CDU umgestoßen werden: „Das haben Sie und Ihre Minister jahrzehntelang mitgemacht.“ Die CDU solle sich lieber von den Polit-Vergnügungsreisen ihres früheren Landeschefs Lothar Späth distanzieren als die Gemeinsamkeit in der Montanmitbestimmung zu verlassen. Der Vorwurf der Interessenkollision sei unbegründet, vielmehr biete sich für die Politik die ungeheure Chance der unmittelbaren Information aus den Unternehmen.

## NRW bei pferdesportlichen Wettkämpfen Spitze

### Verbände fordern Sanierung von Anlagen und der beiden Reit- und Fahrschulen

Der Sportausschuß besuchte unter Vorsitz von Hans Rohe (SPD) zum zweiten Mal nach 1989 die „Equitana“ in Essen. Dieses internationale Ereignis um den faszinierenden Pferdesport gab dem Sportausschuß Veranlassung, sich über die Weiterentwicklung und Förderung des Reitsports in Nordrhein-Westfalen zu unterrichten. Messegeschäftsführer Günther Claassen, der die Delegation über die Messe führte, wies darauf hin, daß diese Weltmesse des Pferdesports, die im Zweijahresrhythmus seit 1972 veranstaltet wird, als Marktbarometer für den gesamten Pferdesport gilt. 700 Aussteller aus 24 Ländern stellen in 16 Hallen das weltweite pferdesportliche Angebot vor.

Der Einladung zur 11. Sitzung des Sportausschusses waren auch die Repräsentanten des Verbandes der Reit- und Fahrvereine des Landes Nordrhein-Westfalen gefolgt. Sie unterstrichen die positive Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, bedauerten aber zugleich, daß in einzelnen Bereichen ihre Anregungen zur Förderung des Reitsports nicht umgesetzt worden seien. Im Interesse einer Weiterentwicklung und zur Sicherung des Standards im Reitsport müßten bestimmte unterstützende Maßnahmen durch das Land geleistet werden. Bei den drei exemplarisch angesprochenen Pro-

blemen und die Reiter, die auf dieser engen Zusammenarbeit aufbauen und dann Spitzensport hervorbringen. Er verwies dabei auch auf die umfangreichen Förderungsmaßnahmen für den Reitsport und unterstrich die Bereitschaft der Landesregierung, diese Förderung fortzusetzen und dort einzuleiten, wo sie nötig sei — unter gleichzeitiger Beachtung des Grundsatzes der Förderung nach Prioritäten.

Darüber hinaus unterrichtete sich der Sportausschuß über die jüngste Entwicklung und den aktuellen Stand zum neuen Wettenkonzept. Bentrup berichtete dazu über den derzeitigen Planungsstand des „Rennens der



Mitglieder des Sportausschusses mit dem Vorsitzenden Hans Rohe (vordere Reihe, 4. v.l.) besuchten die „Equitana 91“ in Essen und waren Gast von Messechef Günther Claassen (rechts neben Rohe). Das Bild zeigt von links: Uwe Herder, Hans Alt-Küpers und Dr. Hans Kraft (alle SPD), Staatssekretär Bentrup, Rohe, Claassen, Charlotte Kann (SPD), Dr. Reiner Klimke, Horst Jäcker, Anne-Hanne Siepenkothen und Hans-Helmich van Schewick (alle CDU).

blemkreisen handelt es sich um die Erweiterung und Sanierung von Reitanlagen, die Anschaffung von Lehrpferden und -ponys sowie um die Sanierung der Landes-Reit- und Fahrschulen Wülfrath und Münster. Staatssekretär Dr. Hans-Hermann Bentrup vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft gratulierte den Verbänden des Reitsports dazu, daß NRW Spitzenplätze in allen einschlägigen Wettkämpfen der Welt einnimmt. Als Grundlagen dieser außergewöhnlichen Erfolge nannte er in erster Linie das Traditionsbewußtsein der Reiter und der Pferdezüchter, die ihre Aufgaben weiterhin darin sehen, gute Pferde bereitzustellen und Pferde beritten zu

Woche“ und der „Wette der Woche“ und machte Ausführungen zum Rennquintett sowie zur Frage der Erweiterung des Vorwettgeschäftes. Dieser Themenkreis stellt derzeit einen der Schwerpunkte der Beratungsfolgen im Sportausschuß dar.

Daran schloß sich ein Messerundgang an. Er führte mit Informationsgesprächen und Demonstrationen zu den Ständen des Trabrennsports, des Direktoriums für Vollblut-zucht sowie zu den Ständen der Deutschen Reiterlichen Vereinigung und des neuen Bundeslandes Brandenburg und endete am Ausstellungsstand des Landes NRW in Halle 7.

## „Qualität der Lehre“

# Viele Anträge und steigender Bedarf an Mitteln

*Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat den F.D.P.-Antrag „Auf Kernaufgaben der Landespolitik konzentrieren – Vorrang für Bildung und Wissenschaft“ (Drs. 11/805) mit den Stimmen der SPD-Mehrheitsfraktion gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen abgelehnt.*

In der Ausschußberatung bezeichnete es der Sprecher der Grünen, Dr. Michael Vesper, als erforderlich, dem ökologischen Gesichtspunkt neben Bildung und Wissenschaft gleiche Priorität einzuräumen. Die im Maßnahmenteil des Antrags erhobenen Forderungen für den hochschulpolitischen Bereich seien durchaus zustimmungsfähig. Prof. Dr. Horst Posdorf (CDU) bewertete den Antrag als Sprecher seiner Fraktion als sinnvoll, wenngleich er im Grunde eine Wiederholung eines Antrags der F.D.P. aus der 10. Wahlperiode sei. Die CDU stimme dem Antrag grundsätzlich zu. Niemand bestreite Anstrengungen der Landesregierung, etwa daß viele Dinge in die richtige Richtung gelenkt worden seien, doch könnten die Forderungen nicht als erfüllt betrachtet werden. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Rudolf Apostel, sah den wissenschaftspolitischen Teil des Antrags als erledigt an, als er im wesentlichen bereits in der vom Landtag im Dezember 1989 angenommenen, auf Antrag seiner Fraktion zurückgehenden Entschließung „Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung von Forschung und Lehre an den Hochschulen“ enthalten sei. Aus formalen Gründen müsse der Antrag der F.D.P. im Ausschuß abgelehnt werden. Zudem handele es sich bei den geforderten Maßnahmen um Bestandteile der laufenden Politik, wie sich an dem Aktionsprogramm der

Landesregierung „Qualität der Lehre“ zeige. Für die F.D.P.-Fraktion verdeutlichte Ausschußvorsitzender Joachim Schultz-Tornau, daß es Sinn ihres Antrags sei, der Bildung und Wissenschaft als Kernaufgabe der Landespolitik Priorität gegenüber anderen Landesaufgaben einzuräumen. Über einzelne Formulierungen könne man sicher diskutieren. Die F.D.P. vertrete die Meinung, daß es trotz ihres Antrags aus der vorigen Legislaturperiode nichts an Aktualität verloren habe, da aufgrund des Landeshaushalts von einem Vorrang für Bildung und Wissenschaft als der bedeutendsten Zukunftsinvestition nicht gesprochen werden könne.

Nach der Abstimmung befaßte sich der Ausschuß mit dem Aktionsprogramm „Qualität der Lehre“, das Ministerin Anke Brunn (SPD) als einen zentralen Arbeitsschwerpunkt dieser Legislaturperiode bezeichnete. Für das Aktionsprogramm sind in diesem Jahr 9,5 Millionen Mark veranschlagt. Die Resonanz sei groß: So werde das Tutorenprogramm an den wissenschaftlichen Hochschulen zum Teil schon im Sommersemester 1991, im übrigen zum Wintersemester 1991 greifen. Die wissenschaftlichen Hochschulen hätten bereits über 430 Anträge vorgelegt. Die Fortführung der vorgestellten drei ausgabewirksamen Maßnahmen – Tutorenprogramm, Laborplätze und neue Medien, Reformmodelle – werde im Jahr 1992 mehr Geld erfordern als 1991.

Während die SPD-Fraktion in der anschließenden Ausschußdiskussion die Ansicht vertrat, für das Aktionsprogramm nur Lob aussprechen zu können, unterstrich die CDU-Fraktion, daß sich ihre Position auch aufgrund der jetzigen Sachinformation nicht geändert habe. Die Fraktion DIE GRÜNEN sah in dem Aktionsprogramm einen sinnvollen Ansatz, die Lehre in den Blickpunkt der wissenschaftspolitischen Diskussion zu rücken. Die F.D.P.-Fraktion wies darauf hin, sie habe bereits mehrfach betont, daß bei dem mißverständlichen Titel „Qualität der Lehre“ nicht vergessen werden dürfe, daß nur ein schmaler Ausschnitt der notwendigen Maßnahmen im hochschulpolitischen Bereich betroffen sei und die grundlegenden Probleme damit nicht behoben werden könnten.

## Umweltausschuß

# Alle Fraktionen sind für eine zügige Beratung des Abfallgesetzes

*Der Gesetzentwurf zur Änderung des Landesabfallgesetzes sowie der Entwurf des Abfallwirtschaftsgesetzes der Fraktion DIE GRÜNEN sollen nach dem Willen aller Fraktionen im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung einschließlich eines Antrags der CDU-Fraktion möglichst zügig beraten werden, damit eine Verabschiedung im Plenum bereits im Herbst erfolgen kann. Um eine zügige Beratung sicherzustellen, folgte man dem Vorschlag des Vorsitzenden Werner Stump (CDU), die öffentliche Anhörung für eine sitzungsfreie Woche vorzusehen: Am 18. Juni sollen kommunale Spitzenverbände, Entsorgungsverbände bzw. -unternehmen, die Spitzenverbände von Industrie und Handwerk, Arbeitnehmervertreter und Umweltschutzverbände zu den vorliegenden Gesetzentwürfen gehört werden. Sofern sich die Umweltministerkonferenz auf eine Neufassung der Verpackungsverordnung einigen, soll die Anhörung um das Thema „Abfallverringerung durch Mehrwegsysteme? Eine Gesamtbeurteilung aus ökologischer, betriebswirtschaftlicher und Verbrauchersicht“ erweitert werden.*

Abschließend behandelt wurde das Thema der Verbringung von Reststoffen in über- und untertägige Bergwerke. Eine Kommission aus Mitgliedern des Wirtschafts-, des Umwelt- und des Grubenausschusses hatte Gelegenheit, sich in der Grube Wohlverwahrt-Nammen, Porta Westfalica, sachkundig zu machen und den verschiedenen Fragen nachzugehen. Die Fraktion DIE GRÜNEN, so ihr Sprecher Gerhard Mai, sei noch nicht zu einer abschließenden Bewertung in der Lage, weil auch nach dem Besuch noch eine Vielzahl von Fragen offen sei. So könne zum Beispiel nicht ausgeschlossen werden, daß die verbrachten Stoffe doch von Sickerwasser beregnet würden. Auch seien keine unabhängigen Gutachten über die Einlagerung der Stoffe vorgelegt worden.

Die CDU-Fraktion ging davon aus, daß die Einlagerungen keine aktuelle Gefährdung der Bevölkerung oder Beeinträchtigung des Grundwassers bergen. Seine Fraktion – so Dr. Andreas Lorenz weiter – sei davon überzeugt, daß alle wichtigen Probleme gelöst wurden und auch die bei der Bevölkerung durch teilweise ungeschickte Äußerungen hervorgerufene Irritationen inzwischen ausgeräumt werden konnten.

Auch der Sprecher der F.D.P.-Fraktion, Friedel Meyer, zeigte sich davon überzeugt, daß die Verbringung von Reststoffen in Bergwerken ohne schädliche Auswirkungen auf die Arbeitnehmer sowie auf die Umwelt, insbesondere das Grundwasser, vorgenommen werden kann.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Strehl, war mit den übrigen Fraktionen darüber verwundert, daß beim Ortstermin in der Grube erst die Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN erklärt hatten, berechtigt sei

Fortsetzung Seite 13



*Zu ihrer jährlichen gemeinsamen Besprechung kamen die Vorsitzenden der Beiräte bei den Justizvollzugsanstalten des Justizvollzugsamtsbezirks Rheinland im Landtag Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf am 18. April 1991 zusammen. Die Sprecherin der Vollzugskommission, Marie-Luise Morawietz (SPD, Mitte), rechts neben ihr der Präsident des Vollzugsamtes Köln, Dr. Peter Rothhaus, hieß die Gäste herzlich willkommen. In einem ausführlichen Gespräch informierten sich die Beiratsmitglieder über die Arbeit der Vollzugskommission und diskutierten die aktuellen Belegungs-, Personal- und Arbeitssituationen in den Vollzugsanstalten des Bezirks Köln.*

**Dr. Reinald Eichholz:**

## „Benachteiligung von Kindern gibt es nicht nur in der Dritten Welt“

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat in seiner Sitzung am 18. April unter Leitung des Vorsitzenden Erich Heckelmann (SPD) den 3. Familienbericht der Landesregierung (Drs. 11/156) gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. zustimmend zur Kenntnis genommen und dabei begrüßt, daß der Familienbericht konsequent von der existentiellen Verknüpfung gesellschaftlicher Problemlagen mit dem Familienleben ausgegangen sei.

Auch die Anhörung habe bestätigt, so der Sprecher der Fraktion der SPD, Heinz Hilgers, daß es gelungen sei, im Bericht die vorhandenen Defizite offenzulegen und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Da alle Zielsetzungen zur Zeit noch nicht erfüllt seien, müsse man sich auch zukünftig den Anforderungen der Familienpolitik, zum Beispiel hinsichtlich der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, stellen. Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) stimmte im wesentlichen den Ausführungen von Hilgers und dem von der SPD vorgelegten Beschlußvorschlag zu.

Antonius Rösenberg, Sprecher der CDU-Fraktion, stellte für seine Fraktion Übereinstimmungen mit der Stellungnahme der Landesregierung zur Anhörung fest; beispielsweise führte er an den besonderen Schutz der Familie nach Artikel 6, die Problematik „Familie und Arbeitslosigkeit“ und die Beibehaltung des Ehegattensplittings. Unterschiedliche Auffassungen vertrete die CDU dagegen bezüglich des Familienlastenausgleichs und der angekündigten Staffelung der Kindergartenbeiträge; ferner sprach er sich erneut für die Einführung eines Landeserziehungsgeldes aus.

Nach Auffassung von Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) habe die Anhörung zum Familienbericht der Landesregierung bestätigt, daß sich das Bild der Familie wandle; dem müsse vielfältig begegnet werden, wobei



Eine Delegation des brandenburgischen Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr hat sich vom 16. bis 19. April auf Einladung des Vorsitzenden des nordrhein-westfälischen Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen, Erwin Pfänder (SPD), an Rhein und Ruhr aufgehalten. Die Delegation aus dem Partnerland unter der Leitung von Dr. Martin Neumann (F.D.P., auf dem Bild dritter von links bei der Besichtigung des Landtagsgebäudes) konnte bei ihrem Besuch Einblick in die Probleme des Landes nehmen, etwa bei der Bereisung der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscherpark. Foto: Schüler

aber der besondere Schutz der Familie berücksichtigt werden müsse. Sie bemängelte, daß der Familienbericht Maßnahmen der Bundesregierung kritisiere und daß dem Aspekt der Familienarbeit zu wenig Bedeutung beigemessen werde, da sich die aufgezeigten Maßnahmen in erster Linie an die erwerbstätigen Frauen und Männer richteten.

### Schutzkonvention

Ebenfalls abschließend beraten hat der Ausschuß den Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu dem Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (Drs. 11/1127). Der Landeskinderbeauftragte, Dr. Reinald Eichholz, wies in seinem Bericht darauf hin, daß der Eindruck, die Konvention beziehe sich lediglich auf die Benachteiligung von Kindern in der Dritten Welt, trüge, auch bei uns gebe es noch Entscheidendes zu leisten. „Erziehung und Bildung in einer materiell gesättigten und von den Botschaften der Medien dominierten Gesellschaft tragen ganz eigene Probleme und Gefährdungen für Kinder mit sich.“ Wesentliche Punkte der Konvention, zum Beispiel gesundheitliche Versorgung, Beeinträchtigung der Kindesentwicklung

durch schädliche Umwelteinflüsse und unzureichende Qualität der Erziehungsinstitutionen betreffen uns ebenso, vorrangig die neuen Bundesländer.

Der Ausschuß verabschiedete schließlich gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion eine Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuß, in der er dem Antrag der Landesregierung zustimmt und seine Erwartung ausdrückt, daß die Ratifizierung des Übereinkommens so schnell wie möglich vollzogen werde. Die Landesregierung wurde beauftragt, der Bundesregierung mitzuteilen, daß auf die Niederlegung einer Erklärung zur Ratifizierungsurkunde mit dem Tenor, das Abkommen begründe ausschließliche Verpflichtungen, die in der Bundesrepublik bereits erfüllt werden, verzichtet werde. Über die Umsetzung der Konvention auf Landesebene wird der Ausschuß zu einem späteren Zeitpunkt detailliert beraten.

★

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Andreas Engelhardt (CDU), ist ausgeschieden. Als seine Nachfolgerin benannte die CDU-Fraktion die Abgeordnete Heidi Busch, die damit zugleich auch die Funktion der stellvertretenden Ausschußvorsitzenden übernahm.

### Abfallgesetz...

(Fortsetzung von Seite 12)

alles in Ordnung, jetzt aber erhebliche Bedenken anmeldeten. Für seine Fraktion sei im übrigen wichtig, daß in weiteren Informationsveranstaltungen die Bürger umfassend aufgeklärt werden und die Diskussion zur Beruhigung kommt. Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) äußerte sich enttäuscht darüber, daß trotz zahlreicher Aufklärungsmaßnahmen und Informationsveranstaltungen ein Teil der Beteiligten nicht bereit sei, offen und ehrlich zu diskutieren.

An die Grünen richtete er den Vorwurf, das Thema Deponierung von Abfällen in Bergwerken parteitaktisch für ihre Zwecke auszuschlachten und durch Falschinformationen Ängste in der Bevölkerung geschürt zu haben.

Der Abgeordnete Mai wies diesen Vorwurf als polemisch zurück; nach wie vor sei seine Fraktion der Meinung, daß die Einlagerungen nach dem Abfall- und nicht nach dem Bergrecht zu genehmigen sind, was qualitativ unterschiedliche Bürgerbeteiligungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen zur Folge habe. Die anwesenden Vertreter des Wirtschaftsministeriums erläuterten die

rechtlichen Unterschiede und kündigten ein hydrogeologisches Gutachten durch das Geologische Landesamt in Krefeld an. Sie erklärten sich erneut bereit, alle Fragen, die bisher noch nicht geklärt werden konnten, umfassend schriftlich zu beantworten.

Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungs- und Qualifizierungsarbeit an beruflichen Schulen durch Integration des Umweltlernens werden in einem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gefordert. Einhellige Zustimmung fand die Intention dieses Antrages, dem ökologischen Grundgedanken auch im Berufsschulunterricht eine entsprechende Rolle einzuräumen, bei allen Fraktionen.

## Kritik an Problemferne und Verkrustung

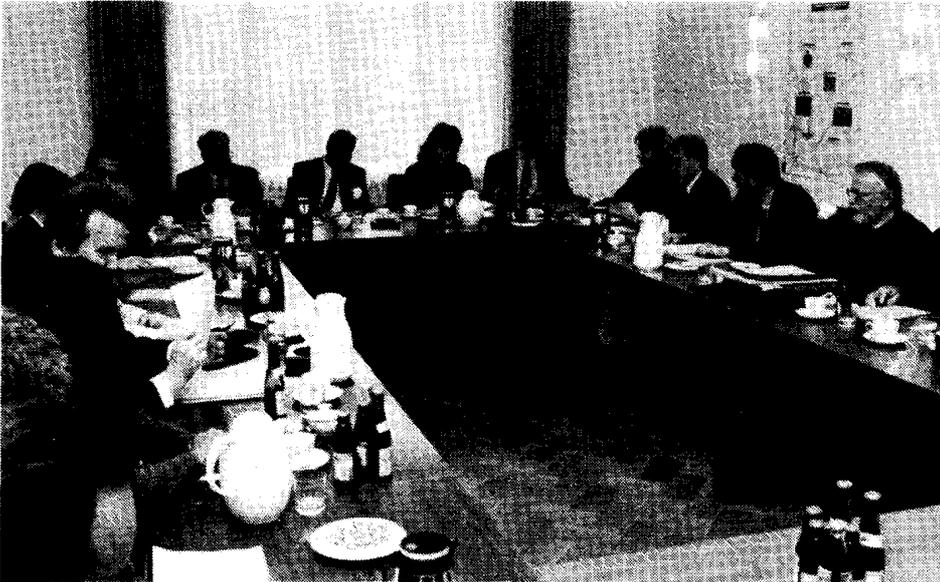
# Wissenschaftszentrum NRW managt Dialog

Auf Einladung seines Präsidenten Professor Dr. Gert Kaiser tagte der Ausschuß „Mensch und Technik“ am 19. April im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. Der Chef der Staatskanzlei Minister Wolfgang Clement erläuterte den Ausschußmitgliedern das Konzept des Wissenschaftszentrums.

Das Wissenschaftszentrum gehört zum Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und hat seine Arbeit im Oktober 1982 aufgenommen. Es hat die Aufgabe, Wissenschaft und Politik miteinander zu verzahnen und den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, Kultur, Wirtschaft und Technik zu fördern. In einem ersten Schritt wurden mehrere Arbeitskreise zu zukunftssträchtigen Themen aus Naturwissenschaft und Technik gegründet. Weitere Arbeitskreise und öffentliche Veranstaltungen, die auch die Bereiche Kultur, Geisteswissenschaft und Arbeitswelt einbeziehen, werden vorbereitet. Zu den

im natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich schon immer eine sehr intensive Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft bestanden habe.

Wolfram Kuschke (SPD) warnte jedoch vor einer politischen Überforderung des Wissenschaftszentrums. Professor Kaiser, zugleich Rektor der Düsseldorfer Universität, wies auf das fehlende eigene Management an den Universitäten hin, die Aufgabe des Dialogs zu bewältigen. Er verteidigte die Logik der Wissenschaft, die nunmal gewisse Freiräume benötige, um sich entfalten zu können. Das hohe Niveau der Wissenschaft



Den Dialog zwischen Wirtschaft und Wissenschaft will der Ausschuß für Mensch und Technik fördern, hier bei der Sitzung im Wissenschaftszentrum NRW, hintere Reihe v.l.: Dr. Ludwig Riemer (F.D.P.), Professor Gert Kaiser, Staatskanzleiminister Wolfgang Clement, Ausschußvorsitzende Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN).

Foto: Schüler

Aufgaben des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen gehört es auch, das Zusammenwirken des Kulturwissenschaftlichen Instituts, des Instituts Klima, Umwelt, Energie und des Instituts „Arbeit und Technik“ zu fördern. Professor Kaiser beschrieb die Aufgabe des Wissenschaftszentrums im wesentlichen als „Dialogmanagement dezentraler Einheiten“. Er betonte außerdem, daß die geforderte Interdisziplinarität nur auf der Basis solider Disziplinarität gelingen könne.

Helmut Hellwig (SPD) äußerte ein gewisses Unverständnis darüber, daß sich das Wissenschaftszentrum in starkem Maße mit philosophischen Themen befasse, die keinerlei Bezug zu den dringenden Problemen etwa im Ruhrgebiet haben. Dr. Horst Riemer (F.D.P.) sprach in diesem Zusammenhang von „Verlegenheitsprojekten“.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) fragte angesichts dieser Kritik, ob die Kosten des Wissenschaftszentrums gerechtfertigt seien. Kritisch fragte sie, ob die Wirtschaft und die Universitäten bereits so verkrustet seien, daß sie nicht mehr kooperieren könnten. Die Ausschußvorsitzende Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) erinnerte daran, daß zumindest

ten sei ebenso wie eine Akademie die „Zierde eines Landes“. Minister Clement erinnerte daran, daß eine Integration verschiedener Standpunkte und verschiedener Disziplinen nur über konkrete Sachthemen möglich ist.

Der Ausschuß „Mensch und Technik“ hat das Angebot Professor Kaisers aufgegriffen, die Koordination eines Gesprächskreises über Technikfolgenabschätzung zu übernehmen. Damit könnte das Wissenschaftszentrum eine Aufgabe übernehmen, die der Ausschuß auf seiner 8. Sitzung angeregt hatte: die Gründung eines Arbeitskreises unter Beteiligung aller Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel der Förderung der öffentlichen Diskussion über Technikbewertung und zur Erarbeitung von Anregungen für die Politiker.

Zum weiteren Tagesordnungspunkt „Sicherheit und Risiken am Arbeitsplatz“ trug Ministerialdirigent Ernst Gerlach vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales das veränderte Verständnis von Arbeitsschutz vor, der heute weniger hoheitlich als vielmehr beratend und präventiv verstanden wird. Zielsetzung des Arbeitsschutzes ist nach einer Formulierung der Bundes-

anstalt für Arbeitsschutz aus dem Jahre 1973 „die Bewahrung des Menschen vor Gefahren und Beeinträchtigungen in Verbindung mit seiner Berufsarbeit“.

Die traditionelle sicherheitstechnische Gefahrenanalyse konzentriert sich vor allem darauf, die Gefahren am Arbeitsplatz in physikalischen Begriffen zu beschreiben. Hinzu kommt die Häufigkeit und die Dauer, in denen die Menschen am Arbeitsplatz solchen potentiell gefährlichen Einwirkungen ausgesetzt sind. Es stellt sich jedoch immer mehr heraus, daß diese Art von Sicherheitsanalyse nicht ausreicht. Offensichtlich gibt es am Arbeitsplatz Belastungen, die technisch nur unzulänglich beschreiben werden und angegangen werden können, die aber Fehlbeanspruchungen menschlicher Leistungsfähigkeit und akute oder chronische Folgeschäden nach sich ziehen.

Insbesondere bei fortgeschrittenen Technologien am Arbeitsplatz wird inzwischen in bis zu 90% aller Unfälle die Ursache in „menschlichem Versagen“ gesehen. Für die wachsende Beteiligung des Faktors Mensch am Zustandekommen von Fehlfunktionen technischer Systeme sind vor allem die steigenden Anforderungen an die bedienenden Menschen verantwortlich zu machen. Diese Anforderungen können sowohl zur Überforderung als zur Unterforderung führen. Neben der Bewahrung des arbeitenden Menschen vor Beeinträchtigungen kommt es auf eine positive Zielbestimmung an: Herstellung von Wohlbefinden am Arbeitsplatz als Vorbedingung für den präventiven Arbeitsschutz.

Zum gleichen Thema erläuterte Dr. Ulrich Pröll (Sozialforschungsstelle Dortmund) die Vorlage „Arbeitsschutzreform und betriebliche Praxis der Arbeitssicherheit“. Ganz generell kritisierte Dr. Pröll die einseitige Orientierung des Arbeitsschutzes an der Technik, wie sie etwa in der Vielzahl von Schutzvorschriften zum Ausdruck kommt. Arbeitsschutz ist vielmehr eine gestalterische Aufgabe, die auch Themen wie Belastungsabbau, Ergonomie und menschengerechte Arbeitsgestaltung einbezieht. Bezüglich des primär präventiven, gestalterischen und beteiligungsorientierten Arbeitsschutzes besteht ein weitreichender programmatischer Konsens zwischen Fachverbänden, Arbeitsschutzpolitikern und Sozialpartnern, so daß die Voraussetzungen für neue Impulse in der Arbeitsschutzreform zur Zeit günstig sind. Dennoch gibt es unterhalb der programmatischen Ebene noch viele offene Fragen zur konkreten Ausgestaltung. Erheblicher Bedarf besteht seines Erachtens an differenzierten und praxisnahen Modellen der Arbeitsteilung und Kooperation in der betrieblichen Prävention, die der Vielfalt unterschiedlicher betrieblicher Bedingungen gerecht werden.

Dr. Pröll erinnerte auch daran, daß die zahlreichen Arbeitsschutzvorschriften Mindestnormen darstellen, die nicht unterboten werden dürfen, aber sehr wohl überboten werden können und sollen. Die vorwiegend technische Orientierung der Arbeitsschutzexperten im Betrieb führt auch dazu, daß Fehlbeanspruchungen der menschlichen Wahrnehmung, unangemessene Aufgabenzuschneide, unzulängliche Arbeitsorganisationen sowie Wechselwirkungen nichttechnischer Risiken untereinander oder mit technischen Systemkomponenten in ihrer Bedeutung für einen präventiven Arbeitsschutz nicht ausreichend berücksichtigt werden.

## Grubenausschuß in Bergkamen: Nordwanderung der Steinkohle und Blasversatz

### Hohlräume werden mit modernster Technik unmittelbar wieder verfüllt

Anschließend stellte der Leiter des Bergwerks Haus Aden, Bergwerksdirektor Karl-Richard Haarmann, die Schachanlage vor. 1990 wurde aus sechs Abbaurevieren eine Gesamtförderung von etwa 3,5 Mio. t verwertbarer Kohle erbracht. Die Belegschaft umfaßt etwa 5800 Mitarbeiter. Da die Kohlenvorräte im bisherigen Abbaufeld unter den Städten Lünen und Bergkamen nahezu erschöpft sind, erfolgt seit drei Jahren eine Verlagerung des Abbaus in das sogenannte Nordfeld. Diese Nordwanderung ist nur mit geringen Eingriffen in die Landschaft verbunden, da bei dem praktizierten Konzept des Anschlußbergwerks in den neuen Baufeldern lediglich Schächte zum Personen- und Materialtransport sowie zur Bewetterung erstellt werden. Die Förderung und Aufbereitung der Kohle erfolgt wie bisher an den alten Standorten.

Auch bei der Kohlegewinnung werden die Auswirkungen auf die Tagesoberfläche reduziert. Im Rahmen des Blasversatzes wird der bei der Gewinnung entstandene Hohlraum unverzüglich wieder mit Bergen verfüllt. Dadurch können die Absenkungen der Tagesoberfläche um die Hälfte vermindert werden. Nur durch diese umweltverträgliche Nordwanderung ist der Weiterbetrieb der Schachanlage Haus Aden gewährleistet.

Im Mittelpunkt der Ausschusssitzung stand der Vortrag des Leiters der Abteilung Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit, Udo Freisewinkel über die sicherheitlichen Aspekte bei der Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus. Besondere Herausforderungen ergeben sich hier durch die zunehmende Teufe der neuen Gewinnungsbetriebe und durch die großen Entfernungen, die untertage zum Personen- und Materialtransport sowie zur Bewetterung überbrückt werden müssen. Hierfür müssen leistungsfähige und sichere Transport- und Umschlagsysteme entwickelt werden, da untertage wegen der Größe und des Gewichts von

*Anläßlich seiner 6. Sitzung tagte der Ausschuß für Grubensicherheit am 19. April 1991 auf dem Bergwerk Haus Aden der Ruhrkohle Westfalen AG (RWAG) in Bergkamen-Oberaden. Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Helmut Marmulla (SPD) erläuterte Dr. Hans Wolfgang Arauner, Vorstandsmitglied der RWAG einige Kennzahlen der Ruhrkohle AG, dem bedeutendsten Bergbauunternehmen Deutschlands. Unter Bezug auf die derzeitige Diskussion über die Zukunft des deutschen Steinkohlenbergbaus betonte er dabei die Bedeutung der Bergbauunternehmen als Wirtschaftsfaktor: „An unsere 120 000 Mitarbeiter haben wir 1990 eine Gehaltssumme von knapp fünf Milliarden Mark gezahlt, dies entspricht etwa 25 % des Umsatzes.“ Gerade die Situation der Beschäftigten müsse bei der Optimierung der Steinkohlegewinnung berücksichtigt werden. Bei den vorliegenden Modellen stünden 30 000 Arbeitsplätze im Bergbau und zusätzlich 40 000 Stellen in anderen Branchen zur Disposition.*

Ausbau- und Maschinenteilen kaum noch etwas von Hand bewegt werden kann. Freisewinkel gab sich jedoch überzeugt, daß auch diese Probleme aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen zu lösen sind und daß sich der Trend der Reduzierung der Unfallhäufigkeit um 55 % in den letzten 20 Jahren fortsetzen werde.

Der Vorsitzende des Betriebsrates des Bergwerks Haus Aden Hermann Blatnik wies auf die zukunftsweisende Bergbautechnik des mechanisierten Blasversatzes hin, wodurch bergbauliche Einwirkungen reduziert werden können. Allerdings sei ein Bergbau ohne Umweltauswirkungen jedweder Art nicht möglich, dies sei auch ein Teil des Preises für die Versorgungssicherheit, die der heimische Steinkohlenbergbau biete. Blatnik forderte, nun die politischen Entscheidungen für den Bestand des Bergbaus zu treffen. Das bereits angesprochene Optimierungskonzept habe bereits in der vorliegenden Form soziale Konsequenzen für über 200 000 Menschen. Dies spiegele sich auch in der zunehmenden Unruhe in den Belegschaften wider.

Zum Abschluß seiner Sitzung befürchte der Ausschuß einen Abbaubetrieb des neu erschlossenen Nordfeldes der Schachanlage Haus Aden und besichtigte vor Ort die Kohlegewinnung kombiniert mit modernster Blasversatztechnik. Die dabei gewonnenen Eindrücke der Ausschußmitglieder

faßte MdL Marmulla dahingehend zusammen, daß der Versatz in dem hochtechnischen Abbaubetrieb besonders sorgfältig und daher mit hohem Verfüllungsgrad eingebracht werde. Daher sei zu erwarten, daß die tatsächliche Absenkung der Tagesoberfläche der prognostizierten Größenordnung entspreche.

### Baustelle Ständehaus:

### Umbau aufgeschoben

Die im Zuge der Sparmaßnahmen im Haushalt 1991 beschlossene vorübergehende Stilllegung der Arbeiten am Ständehaus in Düsseldorf wurde vom Haushalts- und Finanzausschuß in der abschließenden Beratung am 18. April vor der dritten Lesung mit Ausgaben in Höhe von 4,6 Millionen Mark und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 3,4 Millionen Mark veranschlagt. Vom Finanzminister waren diese Mittel als notwendig für Maßnahmen der Gefahrenabwehr und zur Einhaltung bereits eingegangener Verpflichtungen genannt worden.

Im einzelnen geht es bei noch laufenden Arbeiten um die Fertigstellung der Ingenieur- und Architektenleistungen (Pläne und Berechnungen für den Umbau) und um Beendigung bereits begonnener Arbeiten bei der Trockenlegung von Mauern und der Pfeilverstärkung. Als laufende Kosten fallen trotz Stilllegung Kosten für Bewachung der Baustelle, Winterbeheizung und Bauunterhaltung an. Das Ständehaus, früher Sitz des NRW-Landtags, soll neue Regierungszentrale des Ministerpräsidenten werden.

Vom Haushaltsausschuß war ferner nach der Kostenentwicklung beim Landtagsneubau gefragt worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe teilte dem Ausschuß mit, daß nach wie vor von Gesamtkosten in Höhe von 320 Millionen Mark ausgegangen werde. Bis 22. März 1991 seien 303,5 Millionen Mark abgeflossen. Über Restforderungen werde im Rahmen der Schlußabrechnungen noch verhandelt. Bei Erfolg würden sich die Gesamtkosten verringern.

### Feiertagsgesetz

Der Landtag hat in zweiter Lesung ohne Aussprache bei zwei Stimmenthaltungen das Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes verabschiedet (Drs. 11/965 und 1309).



Das Votum der Sachkundigen für Grubensicherheit in den Fraktionen hat Gewicht, v.l.: Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN), Ernst Jankowski (SPD), Hermann Kampmann (CDU), Helmut Marmulla, Ausschußvorsitzender (SPD), Friedel Meyer (F.D.P.) und Fritz Kollorz (CDU).

## Petition: Mysteriöse Vorgänge im Rentnerhaus Steckdosen funkten, Wasser trat aus

Über merkwürdige Vorgänge im Verbund mit elektrischer Energie klagte eine Familie in einer Ruhrgebietsstadt. Polizeiliche Nachforschungen, Untersuchungen durch Gewerbeaufsicht und durch Gutachter des TÜV Rheinland blieben ohne Ergebnis, was Ursache oder Verursacher betrifft. So konnte auch der Petitionsausschuß nicht helfen.

„Im Juni begann der Terror erneut, und zwar bis in die Nächte und frühen Morgenstunden... Seit drei Wochen ist der Terror schlimmer als je zuvor: Steckdosen schmoren, bei Stromunterbrechung läßt sich der FI-Schalter erst nach mehrmaligem Bemühen reindrücken. — Wir sind völlig alleingelassen und haben bereits gesundheitlich schwer gelitten. Mein Mann und ich müssen starke Beruhigungsmittel nehmen, um den Terror überhaupt noch ertragen zu können.“ Dies schrieb im Dezember 1989 eine 55jährige Frau aus dem Ruhrgebiet an das Parlament mit der Bitte um Hilfe. Vom Petitionsbüro wurden Erkundungen eingeholt: „Als am 27. November 1989 Polizeimeister N. und Polizeimeister D. zu dem betreffenden Objekt gerufen wurden, stellten sie fest, daß plötzlich ein Pfeifton zu hören war und die Beleuchtung ausfiel. Außerdem flogen Lehmklumpen in die Hofeinfahrt und in den Hausflur. Auch in diesem Falle konnte der Verursacher nicht festgestellt werden.“

Als es am 28. Dezember 1989 erneut zu Störungen kam und der Polizeimeister D. und Polizeiobermeister K. zum Haus der Petentin gerufen wurden, teilte ihnen der dort anwesende Elektromeister Sch. mit, daß die im Hause befindlichen Personen grundlos naß geworden seien. Die Ursache hierfür, so die Mitteilung des Elektromeisters, sei plötzlich umherfliegendes Wasser gewesen. Dieses sei aus den Wänden und Decken herausgetreten und man sei ganz plötzlich naß gewesen.

Zudem will Herr Sch. am 10. und 17. Dezember 1989 unter der Flurlampe einen fußballgroßen Kugelblitz gesehen haben. Auch seien seit Wochen Funkenstreifen in Form von Gitternetzen aus Steckdosen gekrochen. Die von den Stadtwerken Witten durchgeführten Untersuchungen ergaben keine Hinweise auf Fehler in der elektrischen Anlage der Petentin.

Die polizeilichen Ermittlungen ergaben in

der Folgezeit keine Ergebnisse. Auch das eingeschaltete Gewerbeaufsichtsamt konnte keinerlei Quellen für die Störungen feststellen. Ein Gutachten des TÜV Essen vom 23. Mai 1990 ergab, daß anlässlich von Messungen im Wohngebäude der Familie Kelm keine Werte gemessen werden konnten, die oberhalb bestehender Grenzwerte liegen. Die von der Familie Kelm geäußerte Vermutung, daß es zu diesen elektrischen Entladungen komme, weil sie sich in unmittelbarem Umfeld von Hochspannungsmasten befänden, konnte nicht bestätigt werden.“

Nachdem Stadtwerke, Gewerbeaufsicht und TÜV nichts Außergewöhnliches feststellen konnten, blieb als einzige Erklärung die Vermutung, daß ein Bösewicht sporadisch die Störmanöver einleitete, etwa durch Anschließen des Hauses an Starkstrom. Der Petentin wurde schließlich mitgeteilt, daß der Petitionsausschuß keine Möglichkeiten sehe, Maßnahmen zur Beseitigung der Beeinträchtigungen zu veranlassen.

## Anhörung der Ausschüsse Umwelt/Technik/Verkehr: Mobile Gesellschaft

Der Antrag des SPD-Arbeitskreises „Mensch und Technik“, zusammen mit dem Verkehrs- und dem Umweltausschuß eine Anhörung zum Thema „Soziale Gestaltung der Technik — gesellschaftliche Mobilitätsansprüche und motorisierter Individualverkehr“ durchzuführen, wurde im Ausschuß „Mensch und Technik“ einstimmig angenommen. Nach dem Willen des Ausschusses soll es dabei nicht um Verkehrspolitik, sondern um Mobilitätsansprüche im Widerspruch mit anderen Grundwerten gehen. Als Termin schlägt der Ausschuß den 25. September vor.

## Pflegeversicherung: Die Pflegenden sind die Frauen

In der Sitzung am 19. April beschäftigte sich der Ausschuß für Frauenpolitik mit der bevorstehenden Einführung einer Pflegeversicherung und mit der Situation von Frauen und Mädchen an Berufsschulen.

Für das Ministerium Arbeit, Gesundheit und Soziales betonte Dr. Kurt Mähler in Übereinstimmung mit den Fraktionen, daß eine Pflegeversicherung dringend erforderlich sei. Dabei sei angesichts der vorliegenden Anträge eine parteiübergreifende Lösung in Sicht, wenn auch die Vorstellungen der F.D.P.-Fraktion von dem Sozialversicherungsmodell abwichen. Mähler betonte, daß diese Pflichtversicherung für alle, also auch für Selbständige und Beamte, gelten müsse. Einig waren sich alle Fraktionen darin, daß Nordrhein-Westfalen in Bonn mit einer Stimme sprechen müsse. Sobald weitere Daten vorliegen, will daher der Ausschuß sein endgültiges, möglichst einmütiges Votum an den beratenden Ausschuß Arbeit, Gesundheit und Soziales weitergeben.

Das Kultusministerium ist nach den Worten Bruno Tiedemanns daran interessiert, die Zahl der Schülerinnen und Lehrerinnen in den technischen Bereichen der Berufsschulen zu steigern. Neben besseren Informationen für Schulabgängerinnen sei allerdings auch eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz von Frauen in technischen Berufen nötig.

Abschließend informierte Gabriele Behler vom Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann die Abgeordneten über die Anhörung des Bundesrates zum § 218. Sobald das Protokoll dieser Anhörung vorliegt, will der Ausschuß eingehend über das Thema beraten.

## Potsdamer Kollegen

Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landtags Brandenburg nahmen am 17. und 18. April an Beratungen der Düsseldorfer Landtagsausschüsse für Städtebau, Wohnungswesen und Verkehr teil. Ständiger Erfahrungsaustausch und weitere Zusammenarbeit wurden vereinbart.

Dem Potsdamer Ausschuß gehören acht ordentliche Mitglieder an (3 SPD, 2 CDU, je einer der F.D.P., Bündnis 90 und PDS/Linke Liste). Bis auf den Fraktionssprecher von Bündnis 90, einen Physiker, sind alle Ingenieure von Beruf. Vier haben promoviert. Ihr Durchschnittsalter ist 43 Jahre. Vorsitzender ist Dr. Martin Neumann (F.D.P.).

## Leiharbeit

Nach Auffassung der Landesregierung ist eine „verschärfte Gesetzgebung“ grundsätzlich nicht geeignet, den Einsatz illegaler Leiharbeiter völlig zu verhindern. Dies könnte allenfalls durch eine wesentlich verschärfte Gesetzesanwendung erreicht werden. Das geht aus der Antwort des NRW-Arbeitsministeriums auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Hermann-Josef Arentz hervor (Drs. 11/1149 und 839).



Mitten in der Gefahrenzone befanden sich die Verkehrsausschüsse des NRW-Landtags und des Landtags Brandenburg während eines Bombenalarms bei den Erdarbeiten für die zweite Landebahn am Flughafen Düsseldorf (Foto). Immer wieder werden Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden, so auch am 18. April, als sich die Ausschüsse über den Stand der bis August 1992 fertigzustellenden Baumaßnahmen informierten und anschließend in interner Sitzung die Plenarberatungen der nächsten Woche im NRW-Landtag vorbereiteten. Foto: Flughafen GmbH

## Siegfried Martsch sieht die Not und spürt doch Nostalgie auf den Pisten Rußlands

# Ein Abgeordneter aus NRW steuert Laster mit Hilfsgütern 3500 Kilometer weit bis Wolgograd

Bei einer Petitionsausschußsitzung vor Ostern wurde ihm ein Zettel hereingereicht: Der Arbeiter-Samariter-Bund habe angerufen. Er solle zurückrufen, ob er Hilfsgüter nach Rußland bringen könne. Für den Abgeordneten Siegfried Martsch kam das „völlig überraschend“. Eigentlich hatte er während der Osterferien mit seiner Familie Urlaub machen wollen. Aber nach Rücksprache mit seiner Frau und im Bewußtsein dessen, daß sich über die Feiertage kaum ehrenamtliche Begleiter für eine so schwierige Reise finden lassen würden, sagte der Parlamentarier der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag kurzentschlossen ja. An einem Dienstag kam die Anfrage, am darauffolgenden Freitag saß er bereits „auf dem Bock“, hinterm Steuer eines 40-Tonnners. Tatsächlich ist wohl selten ein Berufspolitiker geeigneter für diesen strapaziösen „Osterspaziergang“ gewesen, nicht nur wegen der Motivation, sondern auch aus praktischer Erfahrung. Denn Martsch war mehrere Jahre Fernfahrer auf internationaler Route. „Zwischen England und Zypern“, wie er sagt.

Als „Ko-Pilot“ stand Martsch der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Landschaftsverband Rheinland, Jens Petring zur Seite, der dem Arbeiter-Samariter-Bund in Wuppertal angehört. Petring hatte aufgrund einer Pressemeldung von dem Unternehmen erfahren und spontan gebeten, mitmachen zu dürfen, zumal er ebenfalls im Besitz eines Führerscheins der Klasse II war. Dritte im Führerhaus: die Düsseldorf-Grünen-Mitarbeiterin Petra C. Grund. Ziel der Hilfsaktion: Wolgograd in der russischen Sowjetrepublik, Partnerstadt von Köln.

3500 Kilometer Fahrt über endlose Pisten, vorweg ein Geländewagen, der als Begleitfahrzeug diente, und in dem der Dolmetscher saß, der auch die Probleme mit Polizei und Behörden, Streckenführung und Quartiersuche lösen mußte. Hin gab es einen Stopp in Moskau. Zurück ist Siegfried Martsch mit seinem Team wiederum 3500 Kilometer nonstop nach Hause durchgefahren.

Noch unter dem Eindruck der Haushaltsdebatte im nordrhein-westfälischen Landtag gestartet, beschrieb der Abgeordnete, der bereits im Auftrag des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) Hilfsgüter nach Moçambique und Palästina gebracht hatte, aber noch nie in der UdSSR war, seine Gefühle mit den Worten: „Wenn ich sage, ich war beeindruckt, würde ich unglaublich untertreiben.“ Er ergänzte: „Ich bin eigentlich erschüttert.“ Grund waren die durch den Sozialismus bedingten Verhältnisse und die im System begründete Zerstörung der Natur. In einem Gespräch mit „Landtag intern“ wies Martsch auf die häufig gestellte Frage hin, ob es denn nötig sei, die Sowjetunion mit Hilfsgütern zu versorgen. Er sagte dazu, es gebe gewiß dringendere Fälle. Aber man könne nicht sagen, es sei nicht angebracht. In der UdSSR bestehe weiterhin die Gefahr, daß



Siegfried Martsch vor dem Lastwagen des Arbeiter-Samariter-Bundes.

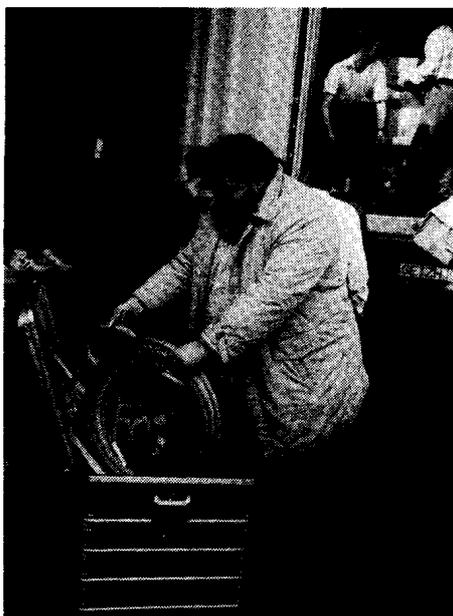
vor allem Kinder und alte Menschen hungern müßten. Die breite Mehrheit sei unterversorgt, und die „blanke Not“ sei auf absehbare Zeit auch nicht behebbar. Wie viele Besucher aus dem Westen stellte Martsch fest: „Ich bin ratlos.“

Der Abgeordnete machte auch ganz individuelle Beobachtungen und Erfahrungen: Das Verhalten der Polizei an manchen Streckenposten der Fernstraßen, der Zustand von Autopisten und Brücken, unvermutete Gewalttätigkeiten. Aber Martsch hat auch die andere Seite erlebt, ein Gefühl für die Besonderheit dieses riesenreiches bekommen. „Wir wissen unheimlich wenig über dieses Land“, betonte er und erzählt von seinem jüngeren Bruder, der seit sechs Jahren für eine amerikanische Firma

in Sibirien tätig ist, dem man andere Jobs angeboten hat, der aber blieb, weil er sich „in dieses Land verliebt hat“. Der Grünen-Politiker räumte ohne Zögern ein, daß es neben dem eigentlichen Auftrag für ihn auch ein „nostalgisches Element“ gegeben habe. Geholfen hat den „Samaritern“ aus NRW zudem, daß „Rußlandhilfetransporte ein positives Image haben“. Hilfsbereitschaft sei durchaus vorhanden gewesen.

Den Auftrag selbst beschreibt der Abgeordnete wie folgt: „Man kann so was nicht als Hobbyaktivität, als Gesellschaftsspiel betreiben. Guter Wille reicht nicht, sondern es muß eine professionelle Struktur dahinterstehen.“ Für diesen Professionalismus sorgte vor Ort in Wolgograd der Bochumer Dienststellenleiter des ASB, Dieter Optenhövel, der sich um direkte Auslieferung der Hilfsgüter an Heime und Einzelpersonen kümmerte. Martsch, der seinen Hilfstransport jenseits aller Parteigrenzen sah, lobte ohne Vorbehalt die Landesregierung, die mit finanzieller Unterstützung zum Gelingen beigetragen hat, indem sie die Logistikkosten trug. Martsch: „Das bewerte ich positiv.“ Er stelle dennoch die nachdenkliche Frage, ob ein derartiges Pakete-Programm auf Dauer sinnvoll sei. „Was die Leute brauchen, ist Hilfe zur Selbsthilfe.“

Die strapaziöse Unternehmung in die Sowjetunion hat den ehemaligen Trucker Martsch nicht müde gemacht. Am 1. Mai startet er mit einem neuen Hilfszug in die Türkei, um notleidende Kurden mit Hilfsgütern zu versorgen. Bis zum 6. Mai glaubt er im irakischen Grenzgebiet einzutreffen. Er hofft ferner, daß dann aufgrund des politischen Drucks auch Lager zugänglich sind. In einem Spendenaufruf hat er sich an die Abgeordneten aller Fraktionen des Landtags gewandt, diesen Transport zu unterstützen. Es gehe nicht um politische Bewertung, betonte er. Für seine Good-will-Aktion gab er eine ganz pragmatische Erklärung: „Je mehr Geld zusammenkommt, desto größer kann der Konvoi werden.“ e.h.



Entladen in Frolowo, rund 100 Kilometer nördlich von Wolgograd: Siegfried Martsch hat auch das Abschleppseil wiedergefunden.

## SPD-Fraktion

### NRW leistet medizinische Hilfen für verletzte Kurden

Die vom Haushalts- und Finanzausschuß für die Kurdenhilfe zusätzlich beschlossenen fast 5,3 Millionen Mark sollen für medizinische Hilfen eingesetzt werden. Das hat Ministerpräsident Johannes Rau vor der SPD-Landtagsfraktion angekündigt. Das Land wolle dort helfen, wo es ihm am besten möglich sei. Deshalb werde Nordrhein-Westfalen in seinen Krankenhäusern und Unikliniken verletzte Kurden aufnehmen, denen sonst nicht zu helfen sei. Der Haushalts- und Finanzausschuß hatte beschlossen, die zusätzlichen Gelder durch

Einsparungen beim Umbau des Ständehauses am Schwanenspiegel zu erwirtschaften.

★

Die Landesregierung soll auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion dem Landtag bis Ende des Jahres 1991 einen Bericht erstatten über die umwelt-, wirtschafts- und finanzpolitischen Wirkungen bundesweiter Öko-Abgaben auf Nordrhein-Westfalen. Außerdem sollen konkrete Alternativen aufgezeigt werden, die auf Landesebene gestaltet werden können. Ihren Antrag begründet die SPD-Fraktion damit, daß die Umweltbelastungen vor allem durch Industrie, Gewerbe und Autoverkehr nach wie vor sehr hoch sind. Den verschiedenen Verursachern dieser Belastungen gelte es wirksam entgegenzutreten. In Nordrhein-Westfalen sei frühzeitig erkannt worden, daß die Bestimmung von Grenzwerten sowie gesetzli-

cher Ge- und Verbote allein nicht ausreichen. Deshalb seien hier z. B. die Abwasserabgabe und das Lizenzentgelt für Sondermüll eingeführt und damit die Verursacher von Umweltbelastungen in die Pflicht genommen worden.

★

Die SPD-Landtagsfraktion bittet die Landesregierung zu prüfen, inwieweit aus familienpolitischen Gründen Beurlaubungs- und Teilzeitarbeitsmöglichkeiten in den Landesbehörden fortzuführen sind.

Die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung aus arbeitsmarkt-politischen Gründen gemäß Paragraph 78 b Landesbeamtengesetz ist bis zum 31. Dezember 1993 befristet. Diese Regelung wird nach Erkenntnissen der SPD vor allem von Frauen in Anspruch genommen. Deshalb soll eine Lösung gesucht werden, mit der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesichert bleibt.

## CDU-Fraktion

### Herbert Reul: Votum für Bonn

Kritisch hat sich der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Herbert Reul, zu der Erklärung des Bundeskanzlers für einen künftigen Regierungssitz in Berlin geäußert. Die föderative Staatsstruktur, so Reul, müsse auch in der Entscheidung über die Standorte von Verfassungsorganen und Bundesbehörden zum Ausdruck kommen. Es widerspräche

dem Gedanken des föderativen Staatsaufbaus zutiefst, sämtliche obersten Verfassungsorgane — also Bundesversammlung, Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung — sowie obersten Gerichte, Bundesbank und Bundesbehörden (z. B. Umweltbundesamt, Bundespatentamt, Bundesrechnungshof) an einem Ort zu konzentrieren. „Die heutige Verteilung in der Bundesrepublik Deutschland folgt diesem Grundsatz. Er sollte auch im vereinten Deutschland verwirklicht werden“, sagte Reul, der auch Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU ist. Die Anregung des Bundes-

kanzlers, die Verlegung des Regierungs- und Parlamentssitzes von Bonn nach Berlin in etwa 10 bis 15 Jahren durchzuführen, steht darüber hinaus nach Ansicht von Reul in einem deutlichen Kontrast zu den bisherigen Einlassungen der Berlin-Befürworter.

„Wenn deren ständig vorgebrachtes Argument, nur ein Parlaments- und Regierungssitz Berlin entfalte u. a. eine beträchtliche wirtschaftliche Magnetkraft für alle neuen Bundesländer, richtig ist, dann dürfte es keine 10- bis 15jährige Wartepause geben, dann müßte Berlin sofort Regierungssitz werden.“

## F.D.P.-Fraktion

### Explosion der Verschuldung vorprogrammiert

Wenn Nordrhein-Westfalen es nicht schafft, den Landeshaushalt umzustrukturieren und sich nicht auf die Kernaufgaben des Landes konzentriert, gibt das Land und gibt der Landtag als Haushaltsgesetzgeber seine Haushaltskompetenz ab! Das ist die Kernaussage der F.D.P.-Landtagsfraktion zum Landeshaushalt 1991. Die Haushaltssituation des Landes Nordrhein-Westfalen wird seit Beginn der absoluten SPD-Mehrheit 1980 durch ein deutlich überhöhtes Ausgabenniveau gekennzeichnet. Die Fülle der Landesausgaben werden nicht in dem finanz- und gesamtwirtschaftlich notwendigen Umfang durch eigene Einnahmen finanziert, sondern durch eine steil ansteigende Verschuldung mit der schädlichen Folge, daß — worauf der seinerzeitige

Finanzminister Dr. Posser schon 1985 zu Recht hingewiesen hatte — die überdurchschnittlich ansteigenden Zinslasten nahezu jeden politischen Handlungsspielraum erdrosseln.

Die Schere zwischen den erneut steil ansteigenden Ausgaben und den Einnahmen beginnt sich 1991 dramatisch weiter zu öffnen. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen:

Bei den Steuern muß Nordrhein-Westfalen mit Mindereinnahmen in Milliardenhöhe aus der vollen Einbeziehung der fünf neuen deutschen Länder in die Umsatzsteuer-Verteilung und später in den gesamten Länderfinanzausgleich rechnen; in ähnlicher Größenordnung fallen darüber hinaus Zuschüsse und Finanzhilfen insbesondere des Bundes (z. B. aus dem Strukturhilfegesetz und aus der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur), aber auch der EG weg.

Andererseits steigen unabwiesbare Verpflichtungen des Landes, z. B. zur solidarischen Unterstützung des Wirtschaftsaufschwungs in den fünf neuen deutschen Ländern. Darüber hinaus werden in Kernbereichen der Landespolitik erschreckende Defizite deutlich, u. a. im

Bildungsbereich, in dem die Regierungspolitik auf die Hinnahme des Unterrichtsausfalls und der Überlastung der Hochschulen hinausläuft, im Bereich der inneren Sicherheit (dauernde Überlastung der Polizei), zunehmend sogar im sozialen Bereich (z. B. in der Altenpolitik und bei den Kindergärten). Für die Beseitigung dieser Defizite werden ebenfalls zusätzliche Finanzmittel erforderlich.

Als besonders fatal sieht die F.D.P.-Landtagsfraktion den exorbitanten Anstieg im Bereich neuer Verpflichtungsermächtigungen (von 1990 auf 1991 um 30 Prozent!) auf über zehn Milliarden Mark. Das ist eine unerträgliche Zukunftsbelastung.

Das Fälligwerden dieser Verpflichtungsermächtigungen in den Jahren 1992, 1993, 1994 und später führt vollends zu einer Zementierung des Landeshaushalts, zu einer Auszehrung der letzten haushaltspolitischen Spielräume. Angesichts der haushaltspolitischen Entwicklung wird sie die Grundlage einer erneuten, verheerenden Schuldenexplosion sein, ähnlich wie zu Beginn der 80er Jahre, nur diesmal auf Basis eines Schuldenberges von bereits über 107 Milliarden Mark.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Alternativentwurf zum Kindergartengesetz

Die Grünen im Landtag haben einen Entwurf über Kindertageseinrichtungen in den Landtag eingebracht. Im Gegensatz zum Gesetzentwurf der Landesregierung wollen die Grünen einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz im Gesetz verankern. Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist nach Meinung von Beate Scheffler, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, „eher ein Kostendämpfungsgesetz und Sparmodell auf Kosten von Kindern, Eltern und Erzieherinnen. Eine sozialdemokratische Landesregierung müßte sich eigentlich dafür

schämen, daß sie den Kindern in NRW diesen Rechtsanspruch verweigert, während ihn die CDU-Regierung in Rheinland-Pfalz im letzten Jahr eingeführt hat.“ Nach dem Willen der Grünen sollen die Elternbeiträge bis 1995 stufenweise abgeschafft werden. Die Kinderbetreuung soll qualitativ verbessert werden.

Beate Scheffler: „Familien mit Kindern haben viel weniger Geld zur freien Verfügung als Menschen ohne Kinder. Deshalb muß die von der SPD seit über zehn Jahren versprochene Abschaffung der Elternbeiträge endlich verwirklicht werden. Politik muß sich nicht zuletzt daran messen lassen, was sie für Kinder investiert. Mit den von der Landesregierung geplanten Elternbeiträgen läge NRW weit über allen anderen Bundesländern.“

Pro Gruppe wollen die Grünen mindestens zwei pädagogische Fachkräfte einsetzen. Die Gruppenstärke soll bei Halbtageseinrichtungen nicht über 20 Kinder liegen, bei Ganztagsgrup-

pen nicht über 15. Um allen Elternteilen zumindest eine Halbtagsbeschäftigung zu ermöglichen, soll die Öffnungszeit bei sechs zusammenhängenden Stunden liegen. Denn die Zahl der Alleinerziehenden nimmt weiter zu, und 40 Prozent aller Mütter mit Kindern unter 15 Jahren sind berufstätig.

Um der schwierigen Situation von Elterninitiativen gerecht zu werden, sollen Bau- und Betriebskosten bei Trägern ohne eigenes Steueraufkommen („arme Träger“) zu 50 Prozent vom Land übernommen werden. Die Kosten für Verwaltung, Fortbildung und Praxisberatung, so der grüne Gesetzentwurf, sollen bei selbstverwalteten Einrichtungen komplett vom Land und den Kommunen übernommen werden.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.



Der schweizerische Generalkonsul Robert Wenger hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe einen Antrittsbesuch im Landesparlament am Rhein abgestattet.  
Foto: Schüler

## Plenarsitzung am 3. Mai 1991

Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, für den 3. Mai eine Plenarsitzung anzubereiten. Die für den 8. Mai vorsorglich terminierte Sitzung findet nicht statt. Am 3. Mai sollen unter anderem die Themen „40 Jahre Landesjugendplan NRW“, „Gerechte Abwassergebühren durch eine differenzierte Landesförderung von Abwasserbeseitigungsmaßnahmen“, „Standortsicherung von Sportanlagen“, „Errichtung des Nationalparks Senne“ sowie das „Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes“ erörtert werden. Debatten über eine private Untersuchung der Organisation von Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie Bildung und Wissenschaft als Kernaufgaben runden die Beratungen ab. Die Sitzung beginnt mit einer Fragestunde sowie einer Aktuellen Stunde. Zu „Dioxinhaltige Kupferschlacke in Marsberg“.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 11 43.

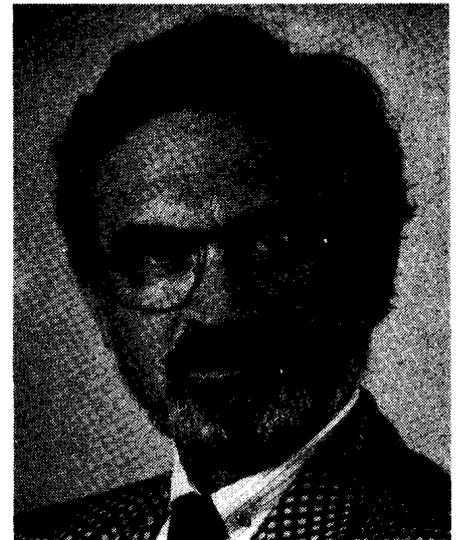
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knöpfer (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 25 45, btx: # 5 68 01\*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschölsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Norbert Giltjes (CDU)

Die Politik interessiert ihn nach seinen Worten schon von „Kindesbeinen an“. Die ersten Lebensjahre von Norbert Giltjes, Jahrgang 1942, prägten stark sein späteres politisches Engagement: Sein Vater fiel im Krieg, seine Heimatstadt Emmerich wurde durch Bombenangriffe zerstört, und ein enger Freund seiner Familie, Kaplan Theodor Storm, starb im Konzentrationslager der Nationalsozialisten. Der heutige CDU-Landtagsabgeordnete wuchs in einer politisch interessierten Umgebung auf, die nach Kriegsende sich die Frage stellte, wie der neue demokratische Staat aufgebaut werden solle und die dann selbst Hand anlegte.

So schloß sich Norbert Giltjes schon in frühen Jahren einer politischen Jugendorganisation an, der Jungen Union, wurde bald darauf Orts- und dann Kreisvorsitzender. Zur selben Zeit absolvierte er das Gymnasium in Emmerich und studierte anschließend Pädagogik und Geschichte an der münsterischen Universität. Zunächst Lehrer an einer Volks- bzw. Hauptschule, wurde er nach dem Zweiten Staatsexamen ins Lehrer-Studienseminar in Emmerich berufen und 1970 dann dessen Leiter. 1984 avancierte der Niederrheiner zum Schulrat beim Düsseldorfer Schulamt, wo er die Aufsicht über vierzig Schulen übernahm. Heute ist er als Schulamtsdirektor wegen seiner Mandatsübernahme vom Dienst freigestellt.

Parallel zur beruflichen Tätigkeit engagierte sich Norbert Giltjes in der CDU und für seine Heimatstadt. Bereits 1969 wurde er Ratsmitglied und seit 1979 ist er Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion. Zwischen durch, 14 Monate lang, war der Christdemokrat Bürgermeister, bei der letzten Kommunalwahl 1989 fehlten seiner Partei genau 185 Stimmen, um wieder den „ersten Bürger“ stellen zu können. Finanzen, Wirtschaftsförderung und natürlich der Schulbereich sind die Schwerpunkte seines kommunalpolitischen Wirkens.

Der stellvertretende Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Kleve gewann 1990 den Wahlkreis 61 Kleve II wieder für die Union, wie zuvor schon mehrere Male sein Parteifreund und frühere Landtagsabgeordnete Gert Brock. Die Fraktion berief den Niederrheiner in den Schulausschuß sowie als stellvertretendes Mitglied in den Haupt- und kommunalpolitischen Ausschuß. Er ist auch Obmann der Fraktion für Europafragen.

Als Kenner der Sorgen der Grenzregion plädiert der Emmericher für eine mittel- und langfristige Strukturhilfe für diesen Raum, um die unmittelbaren Nachteile nach Einführung des EG-Binnenmarktes

1993 auszugleichen. Am Beispiel der dort zahlreich ansässigen Zöllner und Spediteure weist er darauf hin, daß viele Bewohner derzeit „von der Grenze leben“. Überhaupt müsse das Land nach seiner Auffassung mehr Verantwortung gegenüber den Kommunen zeigen und sie an seinen Einnahmen angemessen beteiligen. Das Gemeindefinanzierungsgesetz 1991 trage dieser Verantwortung keine Rechnung. Als Lehrer mit den Problemen der Schule vertraut, plädiert er für eine größere Autonomie der Schulen. Ihnen müsse mehr Gestaltungsspielraum zubilligt werden, was natürlich auch die Pädagogen selbst zu größerer Verantwortung verpflichten würde. Der CDU-Abgeordnete ist ein entschiedener Befürworter einer Verkürzung des Weges zur Hochschulreife um ein auf zwölf Jahre. Sie würde den Jugendlichen mehr Chancen im beruflichen Wettbewerb mit den anderen Europäern geben. Die jungen Menschen erreichten erst mit durchschnittlich 28 Jahren den Hochschulabschluß. Damit werde ihnen auch lange die Chance vorenthalten, ihr Leben selbst zu gestalten und in Beruf wie Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen.

Norbert Giltjes macht es nach seinen Worten „Spaß“, in einer sehr kollegial eingestellten Fraktion zu arbeiten. „Viele neue Abgeordnete müssen wie ich erst Erfahrungen sammeln, was den eigenen Start erleichtert.“ Der Vater von zwei Kindern empfindet die Abgeordnetentätigkeit denn auch als ein Hobby, wo man sehr viel dazulernen könne. Und anspielend auf die Diäten meint der Niederrheiner, „wer gut bezahlt wird, muß auch gute Leistungen bringen“. So kümmert er sich intensiv um den eigenen Wahlkreis, hält Bürgerstunden ab und erkundigt sich bei seinen Gängen durch die Ortsteile vor der Haustür nach den Alltagssorgen der Bewohner.

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 4. 5. bis 14. 5. 1991

- 4. 5. **Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN), 39 J.
- 5. 5. **Franz Püll** (CDU), 64 J.
- 6. 5. **Antonius Rüsenberg** (CDU), 48 J.
- 7. 5. **Dr. Hans Kraft** (SPD), 44 J.
- 7. 5. **Norbert Giltjes** (CDU), 49 J.
- 14. 5. **Hans Klaps** (SPD), 55 J.

★  
**Johannes Rau** (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, erhält die Ehrendoktorwürde der Fernuniversität Hagen. Die Ehrung wird ihm durch deren Fachbereich Wirtschaftswissenschaft zuteil. Das Festkolloquium findet am 2. Mai im Senatssaal der Fernuniversität statt. Den Festvortrag hält Professor **Dr. Rüdiger Pohl** zum Thema „Perspektiven der Wirtschaft“.

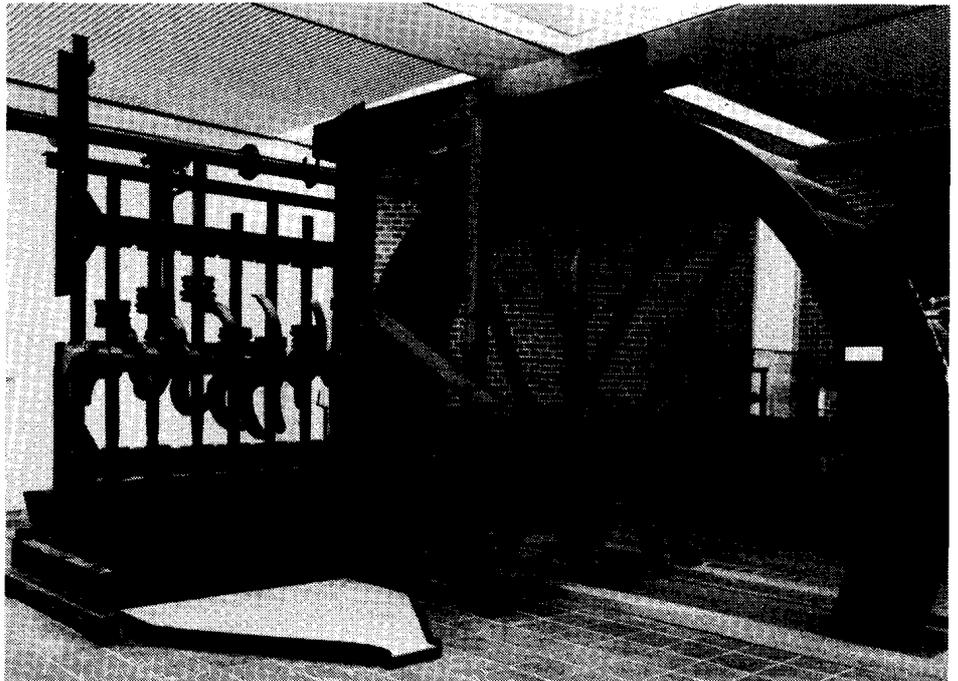
★  
**Gerd Peter Wolf** (Essen) ist neuer Vorsitzender des Arbeitskreises „Städtebau und Wohnungswesen“ der SPD-Landtagsfraktion. Er wurde in dieser Funktion Nachfolger des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden **Volkmars Schultz** (Köln), der jetzt Vorsitzender des Landtagsausschusses für Städtebau und Wohnungswesen ist.

★  
**Hagen Müller**, um sein Landtagsmandat gekommener ehemaliger Abgeordneter und Bürgermeister von Menden in Westfalen, will mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe weiter um seinen Einzug in das nordrhein-westfälische Landesparlament kämpfen. Müller hatte bei der Landtagswahl im Mai 1990 in seinem Mendener Wahlkreis die meisten Stimmen erhalten. Durch eine Zählpanne war jedoch ein Stapel SPD-Stimmen irrtümlich der CDU-Kandidatin **Petra Böckelmann** zugerechnet worden, die daraufhin in den Landtag eingezogen war. Eine vom Wahlprüfungsausschuß angeordnete Nachzählung hatte den Fehler zutage gebracht. Doch kürzlich entschied das Verfassungsgericht des Landes in Münster, daß diese Nachzählung rechtswidrig war, da im gesamten Wahlkreis nachgezählt wurde und nicht nur in den vier Stimmbezirken, in denen formal Widerspruch erhoben wurde. Frau Böckelmann könne ihr Mandat somit behalten, hieß es in dem Urteil.

★  
**Dr. Karl Pröbsting**, Referatsleiter im Bundesarbeitsministerium in Bonn, soll als Nachfolger von **Olaf Sund** neuer Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf werden. Die Zustimmung der Bundesregierung sowie der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg gelten als sicher. Ministerialrat Pröbsting leitet in Bonn das Referat „Grundsatzfragen des Arbeitsförderungsgesetzes und individuelle Förderung der beruflichen Bildung sowie Angelegenheiten der Bundesanstalt für Arbeit“.

★  
**Dr. Manfred Scholle** (SPD), Sozialexperte aus Dortmund, ist als neuer Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) in sein neues Amt im münsterischen Landeshaus durch die Vorsitzende der Landschaftsversammlung, **Ursula Bolte**, eingeführt worden. Scholle, der aus Berlin stammt, gehörte als Abgeordneter der Stadt Dortmund bereits seit 1983 dem „Westfalenparlament“ an und war bis zuletzt Vorsitzen-

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Bodenschätze im Bergbau-Museum

*Kohle wurde hier nie gefördert. Aber keiner der zahlreichen Besucher des Deutschen Bergbau-Museums in Bochum kommt auf den Gedanken, daß hier einmal Tiere geschlachtet wurden. Bevor 1930 das Museum von der Westfälischen Berggewerkschaftskasse Bochum und der Stadt Bochum eröffnet wurde, befand sich auf dem Gelände ein Schlachthof. Freilich hat sich seither viel geändert. 1938 wurde das von Fritz Schupp entworfene Hauptgebäude errichtet. Seit 1975 überragt ein Doppelförderergerüst das Museum. Eigentlich ist der Förderturm selbst ein Ausstellungsstück, denn er war ebenfalls von Fritz Schupp für die Dortmunder Zeche Germania entworfen worden. Nach deren Stilllegung kam er dann nach Bochum. Die Fahrt auf die 60 Meter hohe Aussichtsplattform des Förderturms ist eine der Attraktionen des Museums. Doch es geht auch in die andere Richtung. 17 Meter tief kann der Besucher in die Erde einfahren. Dort erstreckt sich das 2,5 Kilometer lange Streckennetz des extra angelegten Anschauungsbergwerks. Hier können die Maschinen, die im Bergbau eingesetzt werden, „vor Ort“ bestaunt werden. Auf der rund 10 000 Quadratmeter großen Ausstellungsfläche des Bergbau-Museums wird dann der Eindruck vom Bergbau in seiner ganzen Bandbreite vermittelt. Dabei beschränkt man sich nicht auf den traditionsreichen Kohlebergbau im Revier, sondern beschäftigt sich mit dem Abbau aller Bodenschätze auf der ganzen Welt, von der Frühzeit bis heute. Das Deutsche Bergbau-Museum hat es sich zur Aufgabe gemacht, Laien und Fachleute gleichermaßen umfassend über das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Umfeld des Bergbaus zu informieren. So können in Vitrinen Kunstgegenstände aller Art bewundert werden. Ausführlich wird natürlich die technische Entwicklung des Bergbaus dargestellt. Viele Originalmaschinen und -geräte sowie Modelle kann der Besucher sogar noch in Gang setzen. Das Bild zeigt einen Ausschnitt aus der Sammlungsabteilung „Rohstoffveredlung“: ein Pochwerk aus Laubach in Hessen aus der Zeit um 1850.*

Foto: Bergbau-Museum

der des LWL-Sozialausschusses. In Dortmund hatte er als Dezernent die Zuständigkeit u. a. für Jugend, Soziales, Gesundheit und Sport und damit für 4 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

★  
**Gerhard Veltmann**, bis vor kurzem Referent der F.D.P.-Landtagsfraktion (Kommunal-, Finanz- und Wirtschaftspolitik) wurde zum Wirtschaftsdezernenten von Münster gewählt. Er tritt die Nachfolge von Professor **Dr. Georg Milbradt** an, der als Wirtschaftsminister in das Kabinett des Freistaates Sachsen berufen worden war.

**Alfons Elben**, langjähriger Mitarbeiter des Hausordnungs- und Pfortendienstes des Landtags, ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Ferner sind die ehemaligen Bediensteten des Landesparlaments **Hans Konniger** im Alter von 68 Jahren sowie **Heinz Strauch** im Alter von 60 Jahren verschieden. Konniger war in der Druckerei des Landtags, Strauch ebenfalls im Hausordnungs- und Pfortendienst beschäftigt. Die Präsidentin des Landtags, **Ingeborg Friebe**, sowie der Direktor beim Landtag, **Heinrich Großesender**, haben den Angehörigen der verstorbenen Mitarbeiter kondoliert.